

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal wochentlich durch die Haupt-Verwaltung: Hauptstraße 47, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“, Neue Graupenstr. Nr. 5, durch die Buchhandlung der „Volkswacht“ in Breslau, sowie durch alle Anzeigen-Verleger. — Bezugspreis im voraus für ein Vierteljahr 1,20 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlegerin und Hauptgeschäftsführerin: **Dreslau 2**
Fernspr. Anst. 1111: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 5142
Postfach-Ronto: Postfach-Ring Breslau Nr. 5852

Anzeigenpreis: Je Millimeter für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf., Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Gebirgsanzeigen, Vereins-, Beirats-, und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expediton (Breslau) 1/2 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Zusammenbruch einer Diktatur.

Rücktritt

des bulgarischen Diktators.

Sofia, 4. Januar. (Eigener Funterbericht.)

Das Kabinett Zankoff ist, wie seit Tagen erwartet, zurückgetreten, nachdem der König eine Umbildung des Kabinetts abgelehnt hatte. Mit der Kabinettsbildung wurde der Demokrat Stajtschew beauftragt.

Der Rücktritt des Kabinetts Zankoff beendet die Herrschaft eines Diktaturregimes, das sich im Inland und Ausland durch eine Reihe von politischen Massentatorden in gleicher Weise verhaft gemacht hat. Der zurückgetretene Ministerpräsident kam befürchtlich durch einen Putsch zur Herrschaft, der die Regierung des Kleinbauernführers Stambulinji adöierte. Diese hatte sich durch radikale Maßnahmen zugunsten der Bauern bei der ganzen städtischen Bevölkerung mit Einschluß auch der Arbeiter unbeliebt gemacht, zumal sie unter dem Druck der Siegermächte auch eine sehr schwere Erfüllungspolitik treiben mußte. Zankoffs Regierungslage, der von mazedonischen Berufsputschisten vorbereitet war, fand daher zunächst Zustimmung in weiten Kreisen, die sich aber bald verflüchtigte, als die mazedonischen Vandalenführer und die monarchistischen Militärs nun ein gemeinsames Blutregiment aufstifteten. Die Linksparteien traten in Opposition, konnten aber nicht verhindern, daß gegen die Stambulinji-Anhänger systematische Mordanschläge unter dem Schutz der Regierung organisiert wurden. Mordanschläge ergänzten diese Gewalttaten. Ihnen fielen auch zahlreiche Führer und Vertrauensleute des bulgarischen Sozialismus zum Opfer, darunter sogar der Bruder des Ministerpräsidenten, Genosse Assen Zankoff, der sich durch Familienbande nicht an scharfer Kritik der Diktatur hindern ließ.

Außenpolitisch konnte sich dieses System nur halten, weil die Kommunisten der Gewalt noch unüberlegtere Gewalt entgegensetzten und Terrorakte, wie die Sprengung einer ganzen gefüllten Kirche in Sofia, durchführten. Ministerpräsident Zankoff konnte sich dadurch vor dem Ausland als Schlichter des Balkans gegen eine angebliche bolschewistische Gefahr hinstellen, die in Wirklichkeit politisch nicht allzu ernst zu nehmen war. Auf die Dauer aber mußte Bulgarien in diesem Zustand des halb offenen Bürgerkrieges jeden Kredit verlieren. Unter diesem Eindruck hat jetzt anscheinend auch ein Teil der rechtsstehenden Kreise einen Regierungswechsel gewünscht. Es wird abzuwarten sein, wie weit mit den Personen auch das System in diesem jetzt rückständigsten Staat des europäischen Südostens gewechselt wird.

Immer noch Diktatur in Griechenland.

Nach Meldungen aus Athen verkündete der griechische Ministerpräsident Pangalos am Sonntag nachmittag mit Zustimmung des Heeres die Diktatur. Vor der Municipalgarde hielt er eine Rede, in der er versicherte, daß der Parlamentarismus habe eine Niederlage erlitten und der Zusammenbruch in Kleinasien sei auf die Rückkehr von Benizelos nach Athen im Jahre 1920 zurückzuführen. Pangalos versicherte, daß er keine Wahl für Senat und Kammer durchzuführen gedenke. Er werde das Vaterland allein mit Hilfe des Heeres retten, das bald zu den ersten auf dem Balkan zählen werde. Auf die Flotte werde ihm beim Wiederaufbau unterstützen und unbedingt Herrin des östlichen Mittelmeeres werden. (Große Worte, die zeigen, daß auch ein Diktator nach Massenakt streben muß; ersichtlich sind die Versprechungen für die Herrschaft im östlichen Mittelmeer nicht.) Die neue Diktaturperiode in Griechenland ist nicht die erste; schon bisher terrorisierte die Armee die Volksvertretung. Red.)

Der Aino-Kaiser.

Kaiser Franz Josef II.

Die bekannte französische Filmgesellschaft Pathé hat am letzten Mittwoch der Londoner Presse ihr neuestes Erzeugnis vor Wilhelm II. hat sich in Doorn von ihr filmen lassen. Die letzten Jahre Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung hätte wohl weniger erhalten, der vor zehn Jahren dieses Nachspiel zum Weltkrieg prophezeit hätte? Wilhelm II. hat keine eigenen politischen Betrug etwas zu spät entdeckt. Hatte er sich schon vor dem Krieg als Hauptdarsteller engagieren lassen, was wäre aus alles erspart geblieben — und wieviel Geld hätte Pathé verdient!

Amerika gegen Wirtschaftskongressen? Die die „New York Evening Post“ berichtet, hat der amerikanische Handelsminister Hoover erklärt, daß er gegen jede Teilnahme an Wirtschaftskongressen irgendwelcher Art sei. Solche Konferenzen würden nur schädliche Komplikationen mit sich bringen.

Der Schrei nach der deutschen Diktatur.

Die rechtsradikale Presse ruft, worauf hier schon wiederholt aufmerksam gemacht wurde, in letzter Zeit immer häufiger nach einem Diktator. In dasselbe Horn stößt nun auch der Präsident des Reichstages, der frühere Staatsminister v. Loebell. Er setzt sich in einem Artikel mit Nachdruck dafür ein, daß, wenn die Vermählungen um die Große Koalition wiederum scheitern sollten, der jetzige Reichstagspräsident Dr. Lütger mit der Regierungsbildung beauftragt wird. Sollte im Reichstag dann Lütger gestützt werden, so sind, wie Loebell meint, für den Reichspräsidenten alle Voraussetzungen für Neuwahlen und für die Anwendung aller ihm in der Verfassung angeordneten Vollmachten während einer nicht allzu knapp bemessenen Zeit des Überganges gegeben. Aber auch wenn Dr. Lütger im Reichstag mit einer Billigungsformel durchgekommen ist, bedarf es auch dann, wie von der Deutschnationalen Volkspartei ausgesprochen worden ist, der Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung.

Selbstverständlich werden diese Neuerungen des Herrn v. Loebell von der rechtsradikalen Presse mit Begeisterung angeklammert. Bedinglich einen, allerdings recht wichtigen Vorbehalt hat man zu machen, nämlich die Personenvorgabe. So kommentiert beispielsweise die „Deutsche Zeitung“ diese Loebellschen Ausführungen dahin, daß mit einer Diktatur Streikmann-Lütger Deutschland nicht zu retten sein werde, da müßten schon andere Leute an ihre Stelle treten, die das Steuer des Staatsschiffes kräftig herumzuwerfen gewillt sind.

Ueber den Diktator ist man also noch nicht einig. Ein Berliner Deutschnationaler meint, welche vor allem, man solle doch vorsichtig sein, sonst wirtschaftliche Diktatoridee „ebenfalls“ rasch als wie der Parlamentarismus.

Bekanntlich kann der Reichstag alle Verordnungen nach Artikel 48 wieder aufheben. Wir sehen also seiner Anwendung mehr mit Neugier als mit Unruhe entgegen. Immerhin wäre es Zeit zur endlichen Umgrenzung der Rechte dieses Artikels durch ein Ausführungsgezet.

„Anregungen“ für niedrige Fleischpreise.

Amlich wird mitgeteilt: Bezüglich der Entwicklung der Fleischpreise ist wiederholt die Beobachtung gemacht worden, daß die Verbraucherpreise zwar bei steigenden Viehpreisen sofort erhöht werden, dagegen bei sinkenden Viehpreisen nur langsam und nicht in entsprechendem Maße herabgehen. Da eine angemessene Fleischpreisbildung namentlich für die arbeitende Bevölkerung von größter Wichtigkeit ist, haben die zuständigen Regierungsstellen beim Reichsverband der deutschen Industrie eine Prüfung der Frage angeregt, inwieweit durch weitere Eröffnung von Verkaufsstellen und Verkaufsstellen der industriellen Betriebe eine angemessene Einwirkung auf die Fleischpreise wird gewonnen werden können.

Über trägt die Last?

Arbeitslosenunterstützung wird durch Arbeiter aufgebracht.

Die Denkschrift des Reichsarbeitsministers über die Sozialversicherung und die Zusammenstellung der Ergebnisse in der Erwerbslosenfürsorge 1924/25 weist nach, daß die Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge für die Zeit vom 1. Juni 1924 bis 30. Juni 1925 fast ausschließlich durch Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gedeckt wurden. Die Denkschrift schätzt die Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge für das Kalenderjahr 1925 auf rund 230 Millionen Mark. Auch dieser Betrag wird sicher fast ausschließlich durch Beiträge aufgebracht. Daraus ergibt sich, daß von den 170 Millionen für unterstützende Erwerbslosenfürsorge, die im Reichshaltungsplan 1924/25 bereits bewilligt waren, fast nichts diesem eigentlichen Zweck zugeführt worden ist.

Eine vorausschauende Beitragspolitik würde es ermöglichen haben, in größerem Umfang für eine Zeit wachsender Arbeitslosigkeit vorzusorgen. Das setzt allerdings eine einheitliche Beitragspolitik für das gesamte Reich voraus. Die Verordnungen über die Erwerbslosenfürsorge stellt jedoch im Prinzip die Bemessung der Beiträge darauf ab, wie hoch der Gesamtaufwand für die Erwerbslosenfürsorge im Bezirk des einzelnen Arbeitnachweises ist. Das hat zu einem vollständigen Durcheinander in der Beitragsbemessung für die Erwerbslosenfürsorge geführt. Eine Beseitigung dieses untragbaren Zustandes trat erst ein, als einzelne Länder dazu übergingen, für ihr Land eine Gefahrengemeinschaft zu errichten.

Man sollte meinen, daß die zuständigen Behörden aus diesen schmerzlichen Erfahrungen etwas gelernt hätten. Denn des System, die Verantwortung für eine vorausschauende Beitragspolitik auf die einzelnen Arbeitnachweisbezirke, vor denen es annähernd 1000 in Deutschland gibt, abzuwälzen, hat in dieser Zeit un-

Verständigung im Fall Schillings erzielt.

Der preussische Kultusminister Becker hat das neue Jahr mit einer beachtenswerten Amtshandlung eingeleitet, indem er durch Vermittlung des Berliner Oberbürgermeisters Wöhl im Fall Schillings die Hand zu einem gütlichen Ausgleich geboten hat. In einem Brief an den ehemaligen Intendanten erkennt er an, daß Schillings bei dem Holland-Gastspiel und dem Kemp-Vertrage, die ihm vor allem zum Vorwurf gemacht wurden, in gutem Glauben gehandelt habe, und bietet ihm unter der Voraussetzung, daß Schillings auf eine gerichtliche Auseinandersetzung verzichtet, eine Meistertafel für Musik an der Akademie der Künste an. Die gerichtliche Entlassung ist damit formell rückgängig gemacht, da der Minister sich bereit erklärt, dem Intendanten, falls er auf den Vorschlag nicht eingehen will, keine bisherigen Bezüge bis zum Ende seiner Vertragszeit auszahlen zu lassen. Schillings hat sich in seinem Antwortschreiben, in dem er betont, daß er auf Grund der Ehrenklärung des Ministers die Klage zurückzieht, grundsätzlich zur Annahme des Angebots bereit erklärt. Damit wird der Vertrag des Intendanten als auf Grund gütlicher Vereinbarung gelöst betrachtet.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses.

Zur Klärung der Postenschieberei im Auswärtigen Amt.

Mit Rücksicht darauf, daß am 12. Januar der Reichstag wieder zusammentritt, ist entsprechend dem Antrag des Außenministers der Auswärtige Ausschuss auf Sonnabend, den 9. Januar, einberufen worden. Der Ausschuss wird sich vor allem mit der „Völkerbundsaffäre“ beschäftigen und hierzu folgende Fragen zu klären haben:

1. Welches Mitglied des Völkerbundssekretariats gegenüber dem Generalkonsul in Genf Herrn Wismann von „Beunruhigung“ und „Bevorzugung“ über die in Deutschland angeblich aufgestellten Parteilisten für das Völkerbundssekretariat gesprochen hat.
 2. Welche Erklärungen des Mitgliedes des Völkerbundssekretariats genau gelautet haben.
 3. Wie der Wortlaut des Berichtes des deutschen Generalkonsuls war und ob dieser Bericht der eigenen Intention des Herrn Wismann entsprungen oder von ihm angefordert worden ist.
 4. Woher die Hugenberg-Presse unmittelbar nach dem Eintreffen in Berlin von ihm Kenntnis bekam.
- Es liegt bei dem Reichsaussenminister, den Verlauf der Debatte des Auswärtigen Ausschusses für sich und sein Amt weniger schmerzvoll zu gestalten, daß er schon jetzt versucht, eine weitgehende positive Klärung der Angelegenheit herbeizuführen. Er wird sich darüber klar sein müssen, daß seine Ausführungen von der Presse und die auf Grund seiner Initiative veröffentlichten amtlichen Verlautbarungen keineswegs die erforderliche Aufklärung herbeigeführt haben, wenn auch die Sozialdemokratie in Bezug auf sich insofern zufriedengestellt ist, als amtlich bestätigt wurde, daß sie an den Bemerkungen der die Besetzung bestimmter Stellen im Völkerbundssekretariat weder offiziell noch inoffiziell beteiligt ist.

Attentat auf den persischen Diktator? Nach Meldungen, die am Sonntagabend in London eingetroffen sind, soll auf den neuen König von Persien Rica Khan ein Bombenattentat verübt worden sein. Rica Khan soll beide Beine verloren haben und in hoffnungslosem Zustande darniederliegen. Eine Bestätigung der Nachricht liegt noch nicht vor.

gehener Arbeitslosigkeit einen vollständigen Zusammenbruch erlitten. Endlich sind sich alle Stellen darüber klar geworden, daß der Reichsarbeitsminister von seinem Recht, eine Reichsgefährten-gemeinschaft einzuführen, das ihm die Verordnung über Erwerbslosenfürsorge gibt, Gebrauch machen muß. Die Gewerkschaften haben das seit Jahr und Tag vergebens gefordert.

Dem Reichsrat liegt der Entwurf einer Ausführungsverordnung zur Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vor, der die Bildung einer Reichsgefährten-gemeinschaft vorsieht. Der Verwaltungsrat des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung soll in Zukunft die Höhe des Beitrages im Bruchteil des Grundlohnes einheitlich nach dem im ganzen Reichsbereich entstehenden Aufwand der Erwerbslosenfürsorge festlegen. Wäre man diesen Weg rechtzeitig gegangen, dann hätte besser Vorlesung getroffen werden können. In der zurückliegenden Periode günstiger Arbeitsmarktverhältnisse hätte sich bei verhältnismäßig geringer Beitragsbemessung eine erhebliche Reserve für diese Zeit der Not ansammeln lassen. Es wäre nicht notwendig gewesen, die Beiträge mit einem Schlag auf 3 Prozent heraufzusetzen. Diese gewaltige Beitragserhöhung trifft natürlich in der gegenwärtigen Zeit die noch beschäftigten Arbeiter und Angestellten besonders hart.

Die geplante Reichsgefährten-gemeinschaft beruht aber immer noch in unzulänglicher Weise die gemachten Festsetzungen. Bei günstiger Arbeitsmarktlage soll auch in Zukunft eine verhältnismäßige Beteiligung des Beitrages in den einzelnen Bundesstaaten zugelassen werden. Sobald unter bestimmten Voraussetzungen in den einzelnen Bundesländern für Arbeitsvermittlung oder in den einzelnen Arbeitsnachweisbezirken mit einem niedrigeren Beitrag auszukommen ist, soll die Beteiligung eines solchen niedrigeren Beitrages zugelassen werden. Das

würde also eine Wiederholung aller Fehler der Vergangenheit sein und praktisch dazu führen, daß unter günstigeren Arbeitsmarktverhältnissen wiederum kein einheitlicher Reichsbeitrag bestehen würde und somit auch keine vorausschauende Beitragspolitik möglich wäre. Gegen diese Mängel der geplanten Verordnung muß mit aller Entschiedenheit Verwahrung eingelegt werden.

Die gleichen Mängel weist auch der Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung auf. Der Ausschuß der im Entwurf vorgesehenen Landesarbeitslosenklassen setzt für seinen Klassenbeitrag nach dessen Bedarf die Beiträge fest. Da sich die Landesarbeitslosenklasse mit dem Bezirk eines Landesamts für Arbeitsvermittlung decken soll, so besteht die Möglichkeit, daß die geplanten 22 Landesarbeitslosenklassen 22 verschiedene Beiträge festsetzen. Doch damit sind noch nicht einmal die Möglichkeiten der verschiedenartigen Beitragsbemessung erschöpft. Der Ausschuß der Landesarbeitslosenklasse kann anordnen oder zulassen, daß der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises die Erhebung eines geringen Beitrages beschließt. So wird gerade ein wüßtes Durcheinander in der Beitragsfestsetzung organisiert. Und da bei der staatlichen Verwaltungsbürokratie der Grundgesetz herrscht, eine einfache Sache so kompliziert wie irgend möglich zu machen, so steht selbstverständlich der Gesetzentwurf auch die Erhebung von Reichsausgleichszuschlägen vor, also Reichsgefährdengemeinschaftserhalt!

Der Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung unterscheidet sich insofern vorteilhaft von der gegenwärtigen Verordnung über Erwerbslosenfürsorge, daß er als Beitrags-Höchstbelastung 2 Prozent des Grundlohnes vorsieht. Es ist jedoch daran gedacht, den Aufwand an Arbeitslosenunterstützung ausschließlich durch Beiträge aufbringen zu lassen. In den Fällen, wo nach Erschöpfung der Reserven mit dem Reichshöchstsatz von 2 Prozent mit dem Beitragsaufkommen nicht auszukommen ist, soll der Reichsarbeitsminister mit Zustimmung des Reichsministers der Finanzen Darlehen nach Maßgabe der verfügbaren Mittel gewähren. Das ist natürlich eine unhaltbare Bestimmung. Das Reich hat die Pflicht, in erheblichem Umfange die Lasten für die Unterstützung der Arbeitslosen zu tragen; es darf nicht die Gesamtlast auf die Schultern der Werkstätigen abwälzen und so im Grunde genommen diese für die Arbeitslosigkeit verantwortlich machen. Deshalb muß für die künftige Arbeitslosenversicherung gesorgt werden, daß bei so katastrophaler Gestaltung des Arbeitsmarktes Reich und Länder in erheblichem Umfange zur Lastentragung herangezogen werden.

Die gegenwärtige Regelung der Lastenbedeutung in der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge ist ebenfalls änderungsbedürftig. Die Beihilfen des Reiches und der Länder treten erst dann ein, wenn der notwendige Aufwand der Erwerbslosenfürsorge mit einem Beitrag von 3 Prozent des Grundlohnes nicht gedeckt werden kann. Diese Bestimmung ist bisher nicht als so bedrückend empfunden worden, weil eine solche Beitragserhebung praktisch bisher nicht in Frage gekommen ist. Jetzt ist man jedoch im ganzen Reich bereits dazu übergegangen, diesen Höchstbeitrag festzusetzen, damit die Beihilfen des Reiches und der Länder in Kraft treten können. Die Arbeiter und Angestellten empfinden diese Belastung mit Recht als zu hoch. Kennzeichnend für diese Stimmung ist der kürzlich vom Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamts Preußen gefasste einstimmige Beschluß. Es wird darin erklärt, daß eine Belastung von 3 Prozent für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine zu hohe Belastung darstellt. Der Verwaltungsausschuß vertritt einstimmig die Auffassung, daß die Last von der Allgemeinheit in größerem Umfange mitgetragen werden muß und deshalb der höchstzulässige Beitrag als Voraussetzung für die Gewährung von Reichs- und Staatsmitteln auf höchstens 2 Prozent herabzusetzen.

Man komme nicht mit dem Erwahn, daß angesichts des ungeheuren Heeres der zu unterstützenden Arbeitslosen die Staatsfinanzen das nicht zulassen. Wir haben einleitend gezeigt, wie bisher fast die gesamte Arbeitslosenunterstützung aus Beiträgen gedeckt worden ist. Die Herabsetzung des Höchstbetrags auf 2 Prozent braucht nicht einmal ein finanzieller Ausfall sein. Es wäre nur notwendig, alle Beitragspflichtigen zur tatsächlichen Beitragsleistung heranzuziehen und die gewährten Befreiungen von der Beitragsentrichtung aufzuheben. Wohin die Beitragsbefreiungen geführt haben, wird am treffendsten durch die Lastlage illustriert, daß es Landkrankenstellen gibt, die infolge der Befreiungen für keinen einzigen Versicherten Beiträge abführen! Es müßte ferner für die richtige Beitragsent-

richtung gesorgt werden. Vieles spricht dafür, daß hier eben so stark gemogelt wird wie bei der Invalidenversicherung, denn anders sind die Zahlen in der Denkschrift des Reichsarbeitsministers nicht zu erklären.

Wenn man die Finanzlage des Reiches nach den Denkschriften des Reichsfinanzministeriums beurteilen würde, dann wäre für die Arbeitslosen kein Geld da. Wir haben diesen Rechenkünsten aber mehr als einmal nachgewiesen, daß sie immer falsch gerechnet haben, wenn es sich um Mittel für soziale Hilfsleistungen handelt. Das „Magazin der Wirtschaft“ errechnet in seiner Nr. 46 vom 24. Dezember für das Etatsjahr 1926/27 einen Ueberschuß von drei Viertel Milliarden. Aber auch wenn das nicht der Fall wäre, sind wir der Meinung, daß soviel Geld da sein muß, um den Arbeitslosen eine ausreichende Unterstützung zu gewähren und die Lasten in viel stärkerem Umfange auf die Allgemeinheit, d. h. auf das Reich und die Länder zu übernehmen. England gebrauchte rund 1 Milliarde im letzten Jahr an Arbeitslosenunterstützung. Daran ist der Staat mit einem Drittel beteiligt. Reich und Länder müssen sich auch bei uns daran gewöhnen, nicht mit Worten, sondern mit Taten den Arbeitslosen zu helfen!

Ein neuartiger Neujahrsempfang beim Reichstagspräsidenten.

Reichstagspräsident Lohse sah am Sonnabend sämtliche im Reichstag beschäftigten, ihm unterstellten männlichen und weiblichen Beamten und Angestellten in seinem Heim, dem schönen Präsidentenhaus in der Friedrich-Ebert-Strasse. Er hatte alle geladen, um auch in ihrem Kreise einen Vortrag über „Amerika, das Wunderland der Technik“, zu halten. Vom Direktor des Reichstages bis zur Schreierin und den Schneeschippern waren alle der liebevollen Einladung gefolgt. In einem humoristisch durchwürgten Vortrag schilderte Präsident Lohse die Eindrücke, die er auf der Amerikareise der Internationales Union gewonnen hat. Er erwartete ein anschauliches Bild von der gewaltigen, für europäische Begriffe unerhörten Entwicklung, die Wirtschaft und Verkehr im letzten Jahrzehnt in den Vereinigten Staaten von Nordamerika genommen haben. Mit der Schilderung der Betriebsamkeit in den riesigen amerikanischen Fabriken verknüpfte der Vortragende eine Untersuchung der Frage, wie der Angestellte und Arbeiter in Nordamerika lebt.

Reichstagspräsident Lohse kam zu folgenden Schlussfolgerungen: Wir sperren, daß Europa in seiner staatlichen Gestaltung eine gewaltige Zusammenfassung wird vornehmen müssen, wenn es den gewaltigen Vorsprung, den Amerika in den letzten zehn Jahren hat uns gewonnen hat, wieder einholen will. Weiter habe ich aus den Vereinigten Staaten den Eindruck mitgebracht, daß dort im großen und ganzen jede Arbeit geachtet wird, ganz gleich, welcher Art sie sei. Auch derjenige, der die widerwärtigste und einfachste Arbeit im Interesse der Gesamtheit verrichten muß, wird in dem Augenblick, wo er seine Arbeitsstätte verläßt, als ebenbürtiger Bürger gewertet. Daraus sollten wir auch in Europa lernen.

Im Anschluß an den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag sprach der Direktor des Reichstages, Geh. Rat Galle, im Namen der gesamten Angestelltenchaft des Reichstages dem Präsidenten den herzlichsten Dank für seine freundliche Einladung aus. Die Versammelten waren noch längere Zeit bei einem geselligen Beisammensein die Gäste des Reichstagspräsidenten.

Republikanische Beschwerden sind reaktionären Regierungen peinlich!

Die „Republikanische Beschwerdestelle“ (Berlin W. 9, Wilhelmstraße 48) schreibt uns:

Die „Schlesische Tagespost“ beschäftigt sich in ihrer Nummer vom 24. Dezember 1925 mit der republikanischen Beschwerdestelle in einem längeren Artikel und schließt mit den Worten: „Am Antwort wird gebeten“.

Die republikanische Beschwerdestelle will ausnahmsweise diesmal der „Schlesischen Tagespost“ den Gesallen tun und die Antwort erteilen. Natürlich kann das nur in einer republikanischen Blatt geschehen.

Die Antwort soll darin bestehen, daß die Beschwerdestelle den Herren von der „Schlesischen Tagespost“ die Antwort bekannt gibt, die sie dem thüringischen Innenminister Dr. Sattler gegeben hat:

„Nachdem amtlicherseits uns erklärt wurde, daß die beanstandete Tafel auf dem Privatigentum des ehemaligen Herzogs von Coburg-Gotha sich befindet, ist die Angelegenheit als solche ja bereits erledigt, bzw. hätte sich der ganze übrige Nachschuß erledigt. Denn bei den ungeheuerlichen Befreiungen, welche durch die Kriegsende der Republik den ehemaligen Fürstenthümern zugesprochen bzw. gelassen worden sind, ist es ohne weiteres gar nicht möglich, festzustellen, ob auch noch dieses oder jenes Stückchen Land dem Staate, das heißt der Republik, verblieben ist. Wogegen wir uns aber auf das Allerhöchste verweigern müssen, das ist der Umstand, daß die thüringische Regierung fortgesetzt unseren Schriftwechsel bzw. Gegenerklärungen dazu benutzt oder dazu benutzen läßt, um gegen uns Propaganda zu treiben. Wir müssen uns dieses Vergehens auf das Allerheftigste verbiten und zwar deshalb, weil es sich hier um die öffentliche Vorgänge handelt,

zu deren Bekämpfung die Amtsstellen keinerlei Berechtigung haben. Durch derartige Bekanntmachungen in der Presse wird die Autorität des Staates sichtbar untergraben, was doch wohl nicht die Aufgabe einer Regierung sein darf. Daß unsere Arbeit dadurch irgendwie gehemmt wird, dürfte wohl die thüringische Regierung selbst nicht glauben.“

Aus dem Reiche.

Die Zepellin-Spende wird nach einer Mitteilung von Dr. Götter vorläufig eingestellt. Die Ursache zu diesem Schritt wird mit den wirtschaftlichen Verhältnissen erklärt, die in der Tat vor der Opferwilligkeit der deutschen Bevölkerung harte Grenzen setzen. Mit dem bisher eingegangenen Betrage von 1 1/2 Millionen Mark soll der Bau eines neuen Zepellins in Friedrichshafen begonnen werden.

Das Schicksal einer erfolglosen Splitterpartei. Vom 2. bis 4. Januar findet in Leipzig ein sogenannter Parteitag der Splitterpartei der ehemaligen U.S.P. statt, zu dem sich 30 Delegierte eingeladen haben. Schon am ersten Tage entstand ein großes Durcheinander, als der jugendliche Königsberger Delegierte Friedmann, ohne seine Mitglieberschaft nachweisen zu können, die U.S.P. als eine antimarxistische demokratische Partei bezeichnete und die Mitglieder der Kontrollkommission als Schwindler. Diese stellte daraufhin den Antrag auf sofortigen Ausschluß Friedmanns aus der Partei, zumal eine Ortsgruppe Königsberg überhaupt noch keine Beiträge bezahlt habe. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt, worauf die Kontrollkommission den Parteitag verließ. Erst dann wurde ein Antrag angenommen, durch den Friedmann von der Tagung ausgeschlossen wurde. Am Montag will Theodor Liebschütz über die politische Lage berichten.

Ein Zwischenfall zum Scherz-Troch. Der Reichstagspräsident Lohse Landberg reichte nämlich in der Zeitschrift „Die Justiz“ Antwort, begründete Angriffe gegen die Richter im Magdeburger Landesverwaltungsgericht. Eine öffentliche Erwiderung auf diese Angriffe ist von den beschuldigten Richtern bisher nicht erfolgt. Sie scheinen sich mit einer geheimen Untersuchung begnügen zu wollen, denn, wie man jetzt erfährt, haben sie ein Disziplinärverfahren über die gegen sie gerichteten Vorwürfe beantragt. Ob das Ergebnis dieses Verfahrens noch im Jahre 1926 zu erwarten ist? Wir nehmen als selbstverständliches an, daß die Justizbehörde dem Antrag der Justizminister nicht beizustimmen wird.

Eine Umgruppierung der Schutzpolizei. Gegenüber den in der Berliner Presse verbreiteten, zum Teil unzutreffenden Nachrichten über eine Veränderung in der Berliner Schutzpolizei, heißt der Amtliche Preussische Pressedienst fest:

Die Räumung der Kölner Zone durch englische Truppen ergab die Notwendigkeit, dieses Gebiet sofort mit genügenden Polizeikräften zu besetzen. Da nun die Polizei im Westen wie im Mitteldeutschland schon das Mindestmaß dessen, was zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung einzuwirken noch erforderlich ist, erreicht hat, mußten Polizeibeamte aus dem mit Polizei überzehlerten Ostpreußen herausgezogen werden, zumal die durch die Entwaffnungsnot bedingte Verminderung der Polizeistärke ohnedies eine Herabsetzung der in Ostpreußen vorhandenen Zahl von Polizeibeamten erfordert. Eine unmittelbare Entsendung ostpreussischer Schutzpolizei nach dem Rheinland erschien weder für die Polizeibeamten, noch für die dortige Bevölkerung zweckmäßig. Deshalb wird ostpreussische Schutzpolizei in Stärke von 580 Beamten nach Berlin verlegt, während Berlin genau die gleiche Zahl nach dem Westen abgibt. Jene, welche politischen Gründe haben, werden bei der Maßnahme im allgemeinen noch bei der Auswahl der Beamten eine Rolle gespielt. Im Gegenteile wird bei der Verlegung jede nur mögliche Rücksicht genommen, um Härten gegenüber einzelnen Beamten zu vermeiden. In erster Linie werden möglichst nur jüngere und unversehrte Beamte verlegt. Eine Auflösung der Polizeischule Sensburg ist weder erfolgt noch beabsichtigt.

Kleine Auslandsnachrichten.

Das schillernde Geis zur Gewerkschaftsüberhebung ist vom italienischen Parlament leichtfertig glatt geschaltet worden. Die freien Gewerkschaften des Landes sind also verboten, die schillernden und anderen gebildeten Verbände haben kein Streikrecht, sondern müssen sich den offiziellen Schiedsprüchen wachsamstlos fügen.

Arbeitslosen-Märchen in Polen. Die Notlage in Polen nimmt an Umfang zu, trotzdem infolge der Inflation in Warschau die Ausfuhr von Kohle und gezogenen Röhren sich wieder belebt hat und so lange wohl anhalten wird, bis die wachsende Deckerung zu Erhöhungen der Arbeitslöhne und der Gestehungskosten führt. Nachdem es in Lodz bereits mehrfach zu blutigen Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Arbeitslosen und der Polizei gekommen ist, sind nun in Polen während der Neujahrnacht schwere Ausschreitungen vorgekommen. Zunächst wurden auf dem Freiheitsplatz (früher Kaiserplatz) die Scheiben der Schaufenster eingeschlagen. Die Polizei drückte die Menge in die Seitenstraßen, wo eine regelrechte Pflünderung aller Läden stattfand, nachdem die Scheiben der Auslagenfenster zertrümmert waren. Die Polizei unternahm Angriffe mit der blanken Waffe und auf beiden Seiten gab es viele Verwundete. Schließlich mußte Militär aufgeboten werden, das erst gegen Roten der Ausschreitungen Herr wurde. Wenngleich dem Maß ein Teil der Schuld an den Vorfällen zugeschrieben ist, so läßt sich doch nicht leugnen, daß sie ihre Ursache in der erschreckenden Notlage haben. Welchem Umfang die Revolte angenommen hat, zeigt sich schon darin, daß etwa 200 Personen verhaftet worden sind, von denen einige wieder freigelassen wurden.

Aus schweren Tagen.

Erstes und Heiteres. Von Adolf Hoffmann. (Unberechneter Nachdruck verboten.)

Es war daher eine wirklich angenehme Unterbrechung als am Sonntag vorantag die Tür aufgeschoben wurde und plötzlich eine mir unbekannte Größe, ein Besucher mit langem hellen Mantel mir gegenüberstand. Er sah mich an und sagte: „Was ist das für ein Mann? Können Sie mir das nicht sagen?“, erwiderte er: „Nein, ich bin nur der Arbeitsinspektor und wollte mal hören, ob Sie nicht Lust hätten zu arbeiten.“

„Das haben Sie denn?“ fragte ich mit einem Lächeln. „Lachen über die Wölfe, die ich nicht.“

„Haben Sie sich denn zu Hause?“ erwiderte er lächelnd. „Das wird bei uns nur im Gemeinschaftsraum gemacht.“

„Da gehe ich nicht hin.“

„Da sage ich, daß es ja nicht anders geht, als wenn Sie ein Paar Strümpfe heraus. Ich habe hier Strümpfe zum Reiten. Eine kleine Probe.“

Der Herr Arbeitsinspektor hatte sich auf seinen Tisch gesetzt und zeigte mir, wie die auf der Maschine gedruckten Strümpfe mit einer Kapsel an den Enden, deren Zweck und Schicksal nicht bekannt war, und erwiderte mir: „Nun, das ist ein ganz neues Verfahren.“

„Wie ist das?“ fragte ich. „Nun, wenn Sie mir ein Paar Strümpfe zeigen, die Sie in der Hand haben.“

„Der Herr?“ fragte ich.

„Der hat Ihnen den Schwinkel aufgeschoben?“ fragte ich hervor.

„Erlauben Sie, das ist wahr. Ich weiß es von meinem Arbeitskollegen, der Inspektor im holländischen Posthaus ist.“

„Sagen Sie ihm nur, es wäre der gemeinsame Schwinkel. Ich habe ihn schon vor einigen Monaten in Halle besucht. Und wenn Ihnen mal wieder jemand solchen Dingen aufpassen will, dann sagen Sie ihm, er wohnt in der Straße 9 in Halle und hat eine Mietwohnung, mit der Sie nicht touphen.“

„Meine Erregtheit sagte ich nicht. Na, wenn Sie so gut orientiert sind, dann werden Sie auch wissen, warum Sie hier sind.“ antwortete er gereizt und sagte, er ist entzogen konnte, hinaus. „Wer was wollen Sie denn. Ich bin mal, die Sozialdemokraten wollen doch auch die Schwinge der Arbeit abhaken. Sie haben ja jetzt kennen gelernt, daß das für die Gefangenen zum Vorteil werden wäre.“

„Wir wollen nicht die Arbeit der Gefangenen, sondern nur die des freien Arbeiters als Schwinge der Arbeit gegenüberstehende Arbeit befehlen.“

„Was sollen Sie denn arbeiten?“ fragte er erkost.

„Einmal, was Sie selbst brauchen, also für das Gefängnis. Wenn die Arbeit nicht zureicht, entlasse man die Delinquenten, wenn sie beim Militär und fertige diese Sachen im Gefängnis an. Dann behalten die Bauern, die Kleinrentner und Handwerker, die armen Büdnen ihre eigene.“

„Ich war äußerst erregt geworden, ihm föhnen die Situation unangenehm zu sein. Er hand auf, sagte ziemlich laut: „Sehen Sie mal zu, es geht. Ich bringe Ihnen noch ein Paar Strümpfe.“ Legte mir das eine Paar hin und verlorwand.

Die Schüssel rasselte und ich war allein. Aber nicht lange. Da erschien er mit einem Paar zu je 24 Stück Strümpfen auf der Handfläche, blieb vor mir stehen und sagte: „Wir wollen über das was wir nicht weiter reden, aber eines muß ich Ihnen doch sagen. Sie wollen die Militärsachen im Gefängnis arbeiten lassen. Wer Sie wollen das Militär doch abhaken?“ legte er triumphierend hinaus.

„Es das gefangen ist, und auch die Gefangnisse leer.“ war meine letzte Entgegnung.

einfach verrückt.“ drehte mir der Rücken, verließ die Zelle, schlug die Tür zu — die Schlüssel rasselten im Schloß — und der für verrückt erklärte „Hochverräter“ sah mit 3/4 Duzend Strümpfen allein.

Ich sah den Herrn „Arbeitsinspektor“ nur noch einmal wieder. Am Dienstag früh 17 Uhr öffnete er die Zellentür. Mit drei Kapseln und zwei großen Körben stand er dort und kommandierte in echtem preussischen Feldwebelton: „Heutige Arbeit heraus.“

„Ich muß einen Paß und das daran gebundene Zwölfel Duzend heraus. Er rief unwillig: „Na, die anderen auch.“

„Unserig.“ sagte ich zurück.

Beide Hände in die Hüften stemmend sagte er gereizt: „Weiter ist nichts fertig.“

„Auf mein „nein“ entfuhr es während keinen Zähnen: „Dann sind Sie aber kindisch gewesen.“

Ich ergriff die vier unfertigen Paßete und moß sie mit solchen Schwung zur Zellentür hinaus, daß das eine über die Gabelie vier Treppen herunterfiel und rief: „Bitte, sind Sie fleißiger.“

„Na warte.“ kam es von seinen Lippen und a tempo floß die Zellentür ins Schloß. Draußen erschienen mir noch Schmeißfliegen gewidmet zu werden, die ich aber nicht verstand.

Inzwischen war nämlich wie schon mitgeteilt, der Telefonverkehr durch die Heizungsrohre eröffnet, und ich hatte erfahren, daß es, sage und schreie, drei Pfennige für das Duzend Paßete gibt. Und da hatte mir der Arbeitsinspektor alle die tabulischen Genüsse aufgeführt, die ich mir bei tabellosem Betragen von 20 Prozent des Arbeitsverdienstes als Nahrungszuschuß gutknechten lassen konnte.

Daß mich der große Verdienst noch besonders angereizt hätte, dem freien Arbeiter Konkurrenz zu machen, ist ebenso klar, wie, daß die Tonart, in welcher der Herr Arbeitsinspektor mit „meinen“ Arbeitern verkehrte, riefen, fördernd wirkte.

Mein Nachbar teilte mir mit, denen, die nicht arbeiten (Unterstützungsgelagene können dazu nicht gezwungen werden), würde die Benutzung der Hausbibliothek entzogen. Da ich sie noch nicht benutzt habe, so konnte auch dieser Verlust keine Wirkung auf mich ausüben.

(Fortsetzung folgt.)

Die Entscheidung der französischen Genossen über die Koalitionsfrage.

Paris, 4. Januar. (Eigener Fundbericht.)

In einer großen Anzahl von Departements ist am Sonntag die Worentscheidung über die Frage der Beteiligung der Sozialisten an der Regierung, über die am kommenden Sonntag der außerordentliche sozialistische Parteitag zu entscheiden haben wird, durch die Parteiorganisationen gefallen. In Paris war die Abstimmung zwar auf Freitag vertagt worden, aber da die Delegierten gebundene Mandate haben, läßt sich schon voraussagen, daß der Eintritt in die Regierung hier mit etwa 140 gegen 80 Stimmen abgelehnt wird. Auch in der Provinz hat am Sonntag eine große Zahl von Departements gegen den Eintritt in ein bürgerliches Kabinett gestimmt. So das Departement Bouches du Rhone (Marseille) mit 225 gegen 10 Stimmen, Rhone (Lyon) mit 66 gegen 37, Somme (Amiens) mit 41 gegen 21 Stimmen, Hautes Alpes mit 61 gegen 33, sowie die Departements Loire, Saone et Loire und Gard. Die Resolutionen Renaudel und Corrad, die für die Regierungsbeteiligung eintreten, haben gesiegt in den Departements Var, Pas de Calais, Finistère, Bux de Dome, Allier, Pyrénées und Ober-Elbe. Für eine bedingte Regierungsbeteiligung haben sich die Departements Marne und Gironde ausgesprochen.

Genossin Anna Kulischoff gestorben.

Aus Mailand kommt die betrübende Kunde vom Tode einer der mutigsten Vorkämpferinnen der internationalen sozialistischen Bewegung, Anna Kulischoff, eine Führerin der italienischen Sozialistischen Partei, stammt aus der Ukraine aus einer bürgerlichen Familie, fühlte sich aber schon sehr jung zu den revolutionären Ideen hingezogen. Bereits mit 17 Jahren kam sie dadurch in Konflikt mit der zaristischen Polizei und mußte, wie so viele andere russische Revolutionäre, ihr Heimatland verlassen. So kam sie nach und nach in die Schweiz, nach Frankreich und Italien. Dort wurde sie, die sich inzwischen von den Bakuninischen Theorien freigemacht und zum marxistischen Sozialismus bekehrt hatte, zur treuesten Mitarbeiterin und Lebensgefährtin des Führers der italienischen Partei, Filippo Turati. Bereits im Jahre 1893 nahm sie als Vertreterin der proletarischen Frauen Italiens an dem Gründungsparteitag der italienischen Sozialistischen Partei in Genoa teil. Auf dem Florenzer Parteitag, fünf Jahre später, entwarf sie die Grundzüge der sozialistischen Frauenbewegung. Wie in ihrer Jugend als verbannte Nihilistin, so mußte sie auch in ihrer zweiten Heimat als Sozialistin wiederholt ins Gefängnis wandern. Zuletzt, nach der großen revolutionären Bewegung in Mailand im Jahre 1898, wegen der sie zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt wurde, die sie aber infolge eingetretener Begnadigung nur zum Teil verbüßen mußte.

Ihr Tod hat die gesamte, leider so zerstückelte italienische Arbeiterbewegung wenigstens in der Trauer um sie vereinigt. Auch die gesamte Internationale und insbesondere die deutsche Sozialdemokratie entsetzt über den frühen Sozialistischen Parteitag und namentlich dem am nächsten betroffenen Genossen Turati den Ausdruck ihres tiefsten Mitleids. Besonders in diesen Zeiten ist der Verlust einer solchen Vorkämpferin für den italienischen Sozialismus doppelt schwer!

Das Schnapsfieber in Rußland.

Die Sowjetregierung versichert nach wie vor, daß die Wiedereinführung des Schnapsmonopols und die Freigabe des Schnapsverkaufs nur deshalb vorgenommen worden seien, um die schlimmsten Folgen der Schwarzbrennerei zu beseitigen. Aber diese Thesen dienen nur zur Verschleiерung des wirklichen Tatbestandes. In Wirklichkeit ist die Sowjetregierung jetzt die Gefangene ihrer Schnapspolitik, deren schlimmste Folgen sich täglich immer krasser offenbaren. So schreibt zum Beispiel die amtliche bolschewistische „Industrie- und Handelszeitung“ vom 20. November:

„Obwohl seit der Freigabe von 40 Gradigen Schnapsverzeugnissen für den Verkauf schon ziemlich viel Zeit verfließen ist, nimmt das „Schnapsfieber“ in Moskau keineswegs ab. Nach Eintreffen der Schnapsverzeugnisse in den Läden werden sie binnen einer Stunde abgekauft. Der Mangel an Schnaps hat auf diesem Gebiete eine eigenartige Spekulation gereizigt. Schnaps wird nur an solche Käufer abgegeben, die gleichzeitig für denselben Betrag auch einen „Imbiß“ kaufen. Der Schnaps wird an Bekannte in Rufen abgegeben, und zwar zu erhöhtem Preise, zu 1,50 statt 1,12 Rubel für die Flasche. Die Differenz stellen der Verkäufer des Schnapsladens, sowie die Vermittler in die Tasche. Wiederverkäufer kaufen den Schnaps in den Schnapsverzeugnissen, vor denen sie sich mehrmals anstellen, und verkaufen ihn dann wieder zu einem drei- bis vierfachen Preise. Die Vororte Moskaus sind die Hauptmittelpunkte des illegalen Schnapsverkaufs, bei dem die Flasche zu 4,50 Rubel abgegeben wird. Der staatliche Schnapslieferant in Moskau „Zentrosprit“, legt täglich bis 9000 Webro ab. (1 Webro = 12,3 Liter.) Außerdem werden täglich 5200 Redio Schnaps aus den Provinzabteilungen des „Zentrosprit“, des „Wintorg“ und aus den Läden Armeniens nach Moskau geliefert. (Demnach konsumiert Moskau nach amtlicher Statistik täglich bereits 174.660 Liter staatlich hergestellten Schnapses! Red.) Indessen kann man von den ersten Tagen des freien Verkaufes des 40 Gradigen Schnapses diesen nur



mit großer Mühe, und zwar auch nur in Moskau, aufzutreiben, während man ihn in der Provinz zu erhöhtem Preise bei Wiederverkäufern kaufen muß.

„Zentrosprit“ ist von dem Marktfeber ergriffen und erfüllt nicht die Vorhoff, den Schnaps hauptsächlich auf dem flachen Lande abzusetzen, um gegen die Schwarzbrennerei anzukämpfen.

Melancholisch bemerkt hierzu das amtliche Sowjetblatt, daß die während der Verkaufsstunden beschäftigten Personen nicht in der Lage seien, den Schnaps im Laden zu kaufen. — Der Oberste Volkswirtschaftsrat hat Maßnahmen ergriffen, um weitere 46 Schnapsbrennereien eiligst instand zu setzen.

Der indische Nationalkongreß.

In Bombay trat der Kongreß der indischen Nationalpartei Swaraj zusammen. Die gegenwärtige Vorsitzende der Partei ist eine Frau, Sarojini Naidu. In ihrer Eröffnungsrede erklärte sie, daß Indien als ersten Schritt zur Erlangung der Selbstverwaltung die Rechtsstellung eines Dominions anstrebe. (Es ist jetzt eine Kronkolonie, Red.) Wenn die Regierung Beweise aufrichtiger und großzügiger Einigkeitensommens geben wollte, wäre die Partei bereit, ihre Haltung zu ändern; andernfalls würde die Partei ihre Opposition noch verschärfen. Insbesondere müsse an die Schaffung einer Nationalmiliz gedacht werden.

Der indische Führer Gandhi beantragte eine Sympathiegebäude für die indischen Ansiedler in Südafrika, die sich gegen ihre Entrechtung wehren. Die Resolution wurde, nachdem ein Vertreter der Südafrikanischen Arbeiter gesprochen hatte, begeistert angenommen.

Die Debatte drehte sich hauptsächlich um die Frage der Taktik, die die Swarajisten in ihrem Kampfe gegen die englische Herrschaft in Indien anwenden sollen. Die Majorität unter der Führung des Abgeordneten Motilal Nehru tritt für die Anwendung härterer Mittel ein. Die Swarajisten sollen in gezielten Körperlichkeiten zur Obstruktion greifen und feine Funktionen in der Verwaltung annehmen, solange die Verfassung nicht geändert ist.

Die Unabhängige Arbeiterpartei Englands hat an den Kongreß ein Begrüßungstelegramm gerichtet. Vor dem Nationalkongreß fand die erste Tagung der kommunistischen Partei Indiens statt.

Aus Marokko wird amtlich gemeldet: Der Stamm der Senhadjas, der dieser Tage die Gänge des Rims verließ und sich den französischen Truppen unterwarf, mußte folgende Bedingungen ausführen: 1. Abgabe eines Stieres auf je zehn Familien; 2. Verpflichtung zur Lieferung von Arbeitskräften zur Instandhaltung der Wege; 3. Kostlose Wiederherstellung der von den Senhadjas selbst zerstörten Wege; 4. Stellung von 35 Weibern zur Sicherung der auf dem Gebiete der Senhadjas bestehenden französischen Truppen; 5. Abgabe eines Gewehrs und einer Summe von 300 Franken auf jede einzelne Familie; und zwar innerhalb acht Tagen, sofortige Strafe von 12.000 Franken für den ganzen Stamm; 6. Verpflichtung zur Leistung von Kriegshilfe bei künftigen Operationen. Diese Bedingungen wurden alle pünktlich erfüllt.

Von der Arbeiterbewegung in Estland. Aus Reval wird uns geschrieben: Der Parteitag der estländischen Sozialisten, der zwischen Weihnachten und Neujahr stattfand, brachte im Anschluß an ein Referat des Vorsitzenden des Parlaments Neij über die politische Lage eine lebhaft ausgeführte Diskussion über die Beteiligung der Sozialisten an der Regierung. Bei der Abstimmung entschied sich die Mehrheit im Sinne des Referenten prinzipiell für einen Eintritt in die Regierung. Der neu gebildeten Regierung gegenüber wird die Partei in der Opposition verbleiben. Allgemein kam auf dem Parteitag die Uebersetzung zum Ausdruck, daß die Neuwahlen zum Parlament eine sozialistische Mehrheit ergeben werden.

Die Ueberschwemmung in Westdeutschland

hat ungeheuren Schaden angerichtet. Wenn auch das Hochwasser wohl seinen Höchstpunkt überschritten hat, richten die reichenden Wasserfluten noch immer schlimme Verheerungen an. Unser Bild zeigt die Ueberschwemmung von Köln.

Aus Schlessen.

Seidenraupenzucht.

Mit Unterstützung des Regierungspräsidenten hat der Provinzialverband Schlesischer Gartenbau-Vereine eine Kommission ernannt, die die Seidenraupenzucht in Schlesien weitgehend zu fördern.

Um dem einzelnen helfen zu können, ist eine ausführende Tätigkeit zunächst erforderlich. Der Vorstand hat darum für Sonnabend, den 9. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Bienenhaus in Breslau, Seminarsgasse 1-3, eine Versammlung einberufen, zu welcher alle Interessenten Zutritt haben. Der Vortragende, Herr Rektor Reutwig-Ratibor, wird, aus seinen Erfahrungen heraus, die Bedeutung der Seidenraupenzucht in volkswirtschaftlichem Sinne, sowie die Wirtschaftlichkeit selbst eingehend darlegen.

Durch den Zusammenfluß der Seidenraupenzüchter soll weiter eine Vermittlung von gutem Zucht- und Pflanzmaterial, ein möglichst günstiger Verkauf der fertigen Kokons und Austausch der Erfahrungen, erreicht werden. Im Interesse der weiteren Verbreitung der Seidenraupenzucht in Schlesien wird auf die Tagung hiermit besonders hingewiesen.

Reichenbach. Die Lage in der Reichenbacher Textilindustrie hat sich dadurch verschlechtert, daß eine große Anzahl von Aufträgen, die erwartet wurden, ausgeblieben sind. Um nicht unnötig Arbeiter zu entlassen, wird in den einzelnen Betrieben Kurzarbeit eingeführt und man hofft, auf diesem Wege die augenblickliche schwere Zeit zu überwinden, obwohl man in den leitenden Kreisen pessimistisch in die Zukunft sieht.

Stroppen (Kreis Trebnitz). Von dem Schöffengericht wurde der verurteilte Einbrecher Schloffer Gotsmann aus Stroppen zu drei Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. G. bestritt alle in hiesiger Ortschafft ausgeführten schweren Einbrüche, doch bei der Verurteilung legte er ein unfaßliches Geständnis ab. In nächster Zeit soll sich der Schwerverbrecher in Gletwitz wegen Landeneidmittels verurteilen lassen.

Söckitz. Auflösung eines roten Frontkämpfers Auges. In der Neujahrnacht marschierte ein geschlossener Zug von circa 80 Personen, mit Trommel- und Pfeiferkorps, spielend durch verschiedene Straßen der Altstadt. In der Gasse des Nikolaigraben und Jüdenring wurde der Zug von der Schutzpolizei zur Ruhe gebracht, welcher Aufforderung nicht Folge geleistet wurde. Als ein Polizeioffizier tödlich angegriffen wurde, und die Polizei zur Festnahme der Täter schreiten wollte, löste sich der Zug auf und die Teilnehmer ergriffen die Flucht. — Spätes Verschwunden ist seit einigen Tagen der Freireisende Braunsberger aus Reichenbach bei Grottk. — Der nicht weit von Reichenbach wohnende Walter Schnabel, der für eine Papiergroßhandlung die Kreise Grottk und Rothenburg bereiste. Der Vermisste ist 22 Jahre alt und spricht hiesigen Dialekt. — Niedergebrannt ist ein Familienhaus der Glesensche der Gildstraße 1. G. in Lichtenau. Mehrere Bergmannsfamilien sind durch das nächtliche Feuer obdachlos geworden.

Strehlen. Einem raffinierten Betrüger gelang es, in einer Gastwirtschaft einen Geldbetrag in Höhe von 300 Mark zu erschwindeln. Der Geldbetrag war von einer Breslauer Firma an einen ihrer Reikenden nach Strehlen geschickt worden, wo ihn dieser in Empfang nehmen sollte. Der Betrüger brachte es fertig, den mit dem Gelde erscheinenden Postboten zu täuschen, so daß das Geld an ihn ausgehändigt wurde. Ohne die im Gasthof gemachte Feste zu bezahlen, verschwand der Betrüger. Die Polizei sucht ihn. — Aus dem Hause gesprungen, der um 3 1/2 Uhr von Breslau kommt, ist ein polnischer Arbeiter namens Andreus Kolarzski, in der Nähe der Hofstelle Briesen. Der Schwerverletzte wurde in das Krankenhaus überführt, wo er noch daniederliegt, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben.

Schönau. Zum Jahresabschluss wurde 75 Beamten das Entlassungsschreiben überreicht, wodurch die Beamten zum 1. April entlassen werden. — Weiter wird jetzt bekannt, daß die Eisenbahn-Oberbau-A.G. infolge Mangel an Bestellungen vollständig stillgelegt wird.

Aus aller Welt.

Die Hochwasserkatastrophe.

Von der fast acht Tage lang große Teile des Deutschen Reiches und fast aller Länder Europas heimgekehrt wurden, dürfte mit dem Beginn des neuen Jahres vorläufig überall ihren Höhepunkt überschritten haben. Aus allen betroffenen Gebieten wird ein mehr oder minder starkes Fallen des Hochwassers gemeldet. In Duisburg sah sich die Polizeiverwaltung trotzdem noch am Sonnabend vormittag zur Räumung der unteren Stocwerke in der Altstadt veranlaßt, da die Gefahr eines Dammbrechens bestand. Erfreulich stark ist besonders im Laufe des Sonnabends die Flut am Oberrhein zurückgegangen.

Eine Weichselfähre ins Meer abgetrieben.

Am Silbersonntag wurde die Dampffähre über die Stromweiche zwischen Schiemenshörn und Nidelwalde bei Danzig, auf der sich zwei Autobusse und ein zweipänniger Wagen mit 10 Passagieren befanden, bei starkem Westwind durch Hochwasser und Eisreiben in das Meer abgetrieben. Dank der leistungsfähigen Tätigkeit des Führers der Fähre, Granzow, gelang es, die Fähre gegen den Wind bei Neufahr in die Mündung der loten Weichsel zu führen und in der Werftanlage bei Plehendorf die Personen ohne Gefahr an Land zu bringen. Um 3 Uhr konnte Granzow die Weichsel aufwärts durch die Schleuse der Einlage in Schiemenshörn landen. Eine Anzahl Personen verblieben dort nach Nidelwalde herübergebracht zu werden. Es kam zu sehr heftigen Szenen, so daß Granzow mit dem Revolver in der Hand den widerpenfigen Leuten klar machen mußte, daß er ihr Leben schwerer Gefahr aussetzen und sich selbst gefährlicher Pflichtenverletzung schuldig machen würde, wenn er bei diesem Sturm und Eisreiben die Uebersahrt wagte. Erst am nächsten Morgen konnte die Fähre, nachdem Wind und Eisreiben nachgelassen hatten, 223 Personen mit 24stündiger Verspätung überfahren.

Den schlimmsten Hochwasserschaden hat Belgien.

Die Hochwasserkatastrophe, von der Belgien heimgekehrt wird, ist die schlimmste seit Menschengedenken. Alle Flüsse und

Bäche zwischen der Schelde und der Maas sind aus den Ufern getreten. Am schwersten betroffen ist das Maas-Tal. Ueber die Stadt Lüttich ist eine wahre Katastrophe heringebrochen. Ueber 10000 Häuser stehen unter Wasser. Ueber 100.000 Menschen sind durch das Hochwasser arbeitslos geworden. Weitere Hunderttausend des dicht bevölkerten lütticher Industriegebietes sind in ihren Häusern eingeschlossen, wo sie in die höchsten Stockwerke flüchten mußten und von wo sie gar nicht oder nur mit der äußersten Mühe mit der Außenwelt verkehren können. Menschenopfer sind bisher wenig zu beklagen, aber der materielle Sachschaden ist unübersehbar. Die riesigen Metallwerke von Coudail in Seearing und die gewaltigen Zechen in Dugree und Marihaye stehen unter Wasser. Die Lütticher Zeitungen können nicht mehr erscheinen. Die Bevölkerung ist ohne Heizung, Licht und selbst ohne Wasser und leidet unter Nahrungsmangel. Eine große Hungersnot ist eingeleitet. Soweit bis jetzt zu übersehen ist, wird die Katastrophe dem Staat nahezu 200 Millionen Franken kosten und dadurch die ganze Finanzgebarung des Landes gefährden.

Der Vormarsch des Rindstunfs.

Am Sonntag mittag wurde der neue Stettiner Rindstunfender in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Bredow eingeweiht.

Hindenburg in Warenzeichen.

Das Patentamt hat eine Liste aufstellen für unzulässige Warenzeichen, insbesondere für diejenigen Worte, die nicht als Warenzeichen angemeldet werden können, weil sie zu sehr allgemeiner der deutschen Sprache sind. Auch der Name Hindenburg gehört zu diesen Sprachausdrücken. Wenn trotzdem bereits früher das Warenzeichen „Hindenburgwägen“ zu gelassen wurde, so geschah dies nur, weil eine Handwerkszunft in Hindenburg OS. ihre Erzeugnisse so benannte. Dagegen wurden durch rechtskräftigen Beschluß des Patentamts aus obigem Grunde für unzulässig erklärt: Hindenburg-Salol, Olier, Trapsen, Kissenherd usw. Weiter ist die Bezeichnung Hindenburger Wilhelm II. von Patentamt als Warenzeichen ausdrücklich für

ungulässig erklärt worden. Ob hierfür der obige Grund oder ein anderer maßgebend gewesen ist, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

Schmerzvoller Reihensund auf einem Waggonbau.

Ein Eisenbahnwaggonbauer in Wlma entwarf auf dem Dach eines mit dem Zuge aus Wlma eingetroffenen Waggons die Leiche eines polnischen Soldaten mit zertrümmertem Schädel. Der Zustand der Leiche zeigte an, daß der Tod des betreffenden Soldaten schon vor recht langer Zeit eingetreten sein muß, wodurch die ganze Angelegenheit noch rätselhafter wird. Die polnische Polizei in Wlma hat eine Untersuchung eingeleitet.

Es will keiner nach Rußland.

Aus London wird berichtet: Lady Astor, die streitbare Abgeordnete im Parlament, hatte seinerzeit den Opponenten im Unterhaus, die mit Begeisterung von den hervortretenden sozialen Zuständen in Sowjetrußland schwärmten, angeboten, daß sie jeder englischen Arbeiterfamilie, die sich verpflichtete, für zwei Jahre nach Rußland zu gehen, die Uebersiedlungskosten bezahlte wolle. Es sollen sich darauf im ganzen vier Familien bezogen haben, aber auch diese noch vor der Ausführung dieser als zweifelhaft angesehenen sozialen Verbesserung wankend geworden sein. Die Kritik für die Maßnahmen ist nun abgeklungen, und voraussichtlich wird niemand von dem Angebot Gebrauch machen.

Tribüneninkurs bei einem Volksfest.

Bei der großen Kolossalfestparade in Pasadena (Kalifornien), zu der sich Hunderttausende von Zuschauern eingefunden hatten, stürzte eine Tribüne ein. 135 Zuschauer, meistens Frauen und Kinder, wurden verletzt, darunter dreißig schwer.

Explosionenkatastrophe in Amerika.

Durch die Explosion eines Kohlenstaub-Deflagrationsapparates in das Gebäude der Newport-Haus- und Leinentextilfabrik in Florida in höchster Weise verunstaltet worden. Zur Löschung des ausgebrochenen Brandes mußte die ganze Feuerwehrrangzogen werden. Bis jetzt sind zwölf Tote und ein Verwundeter aus den Trümmern geborgen worden. Mehr als hundert Personen werden noch gerettet.

Stadt-Theater

Montag 7 1/2 Uhr:
Die lustigen Weiber
von Bimbler
Dienstag 7 1/2 Uhr:
Das verfeimte Kamen
Schauspieler Kammerjäger
Richard Mann von der Wiener
Hofoper: 10054
Mittwoch 7 Uhr:
Rosenkavalier
Freitag 9 Uhr:
Zauberflöte

Bereinigte Theater

Lobtheater
Seiffingstr. 8, Tel. 319, 6774.
Montag, 4. Jan., 8 Uhr:
Dienstag, 5. Jan., 8 Uhr:
Hans Sonnenjügers
Höllensahrt. 10054

Spalltheater
Schneewitz 3, Tel. 319, 6700
Montag, 4. Jan., 8 Uhr:
Dienstag, 5. Jan., 8 Uhr:
Salkspiel L. Stöfel
Der wahre Jakob. 10054

Schauspielhaus

Operettenbühne.
Tel. Stephan 37460.
Montag, Dienstag, Mittwoch
8 Uhr. 10055

Die Dollarnprinzessin

Donnerstag 8 Uhr:
Auftreten Walter Jankuba

Der Orlow.

Freitag 8 Uhr:
Auftreten Walter Jankuba

Wiener Blut.

Freitag 8 Uhr:
Auftreten Walter Jankuba

Liebig-Theater

Telefon: Stephan 34616.
Täglich 8 Uhr:

Die Januar-Variété

10030
Sensationen!

Das beste Programm
zu billigen Preisen
von 0.75 Mk. an

Jeden Sonntag 3 1/2 Uhr:
Nachmittags-Vorstellung

Das volle Programm
zu halben Preisen
Jugendliche haben Zutritt.

Reizvolle elegante
Kost- u.
Schauspieler
Anzüge

A. Patalong

Schneidemeister 5651
Bischoffstr. 3.
Telefon Ohle 2779.

Sofort Geld!
Leihamt Reiner
Unterstephansplatz 43, I.

Sie sparen viel Geld
wenn Sie Ihre
Herren-Bekleidung
auf Zeitzahlung
kaufen in der Herbst Saison
Wollstoffe a. 20% an
Länge a. 22% an

Rob. Hänel
Schauspieler
Klosterstraße 9, I. Stock

Großer

Inventur-Ausverkauf!

**Textilhaus
E. Liebe**

Kupferschmiedestr. 15

Neoch nie dagewesen!

Unerreicht sind unsere Preise!

Einige Beispiele:

Kinderstrümpfe für 3-5 Jahre 20 Pf.	Ein großer Strickjackett alle Farben 4.95
Dam.-Florstrümpfe schwarz und farbig 85 Pf.	Knabenschürzen 75 Pf.
Wollene Heberstrümpfe alle Größen von 50 an	Jumper-Schürzen 1.25
Wollene Stützen 1.25	Raus- und Wirtschaftsschürzen alle Preislagen
Hausröcke gute Ware 1.95	Kinderkleidchen von 1.25
Damen-Blusen zum Aussuchen, schöne Muster 95 Pf.	Hemdentuch gute Qualität 59 Pf.
Kleider Voile und Wolle alle Farben 2.75	Linon prima Ware 75 Pf.
Barchentröcke weiß und bunt, extra weit, 1.95 2.50	Züchen bunt 78 Pf.
Reformbeinkleider 2.50	Weißer Bezüge 2 Kissen, 1 Deckbett 7.90
Damenhemden 95 Pf.	Handtücher gebündelt u. gesäumt 58 Pf.
Untertailien 95 Pf.	Hemdenflanel 65 Pf.
Dam.-Nachthemden reich bestickt 3.30	Unterrockflanel prima Ware 98 Pf.
Herr.-Nachthemden 3.90	Blusen-Velour 98 Pf.
Nachtjacken 2.75	Bettlaken 130/200 3.00
Männerhemden bunt 2.65	laine echte Ware 1.10
Oberhemden mit 2 Kragen, Perkal 4.00	Manchester gewirnt 2.45

Solange Vorrat reicht!

Jeder prüfe unser Angebot!

Gegründet 1886

Ein Präsent

Gegründet 1886

erhält Jeder am 8. Januar 1926, dem Tage meines

40 jähr. Geschäfts-Jubiläum

gegen Vorzahlung von Bonn, welche schon jetzt bei jedem Einkauf gratis in meinem Geschäft verabsichtigt werden. Aus diesem Anlaß habe ich auch meine Preise bedeutend ermäßigt und biete ich meiner werthen Kundschaft eine außergewöhnliche Einkaufsgelegenheit.

Als ganz besonders billig empfehle ich:

Silberne und goldene Damen- und Herren-Armband-Uhren
Herren- und Damen-Taschen-Uhren

Steter Eingang von Neuheiten in:

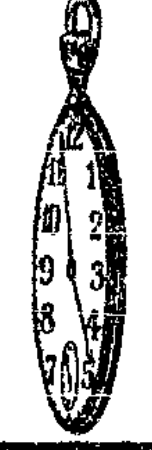
Haus-, Zimmer-, Büro- und Küchen-Uhren
Unübertroffen: Wecker, Qualitätsware, mit Leuchttafel, schriftl. Garantie!

Sassende Geschenk-Artikel

Gold-, Silber-, Dublee- und Alpaka-Waren.

Spezialität: **Goldene Trauringe** Spezialität: Gravieren gratis!

Fugenlos nach Gewicht. Das 40 jährige Bestehen meines Geschäfts bürgt für besondere Leistungsfähigkeit!



Achtung! Mein Geschäft befindet sich nur noch in der Schmiedebrücke. Ich unterhalte keine Filialen und hat meine Firma mit Geschäften ähnlich klingenden Namens nichts zu tun.

Albert Möwius Schmiedebrücke 56
Telephon: Ohle 5153.

Zirkus Straßburger

Im Zirkus Busch-Gebäude.
Telefon: Ring 3524. Anfang 7 1/2 Uhr.
Täglich

Riesen-Spielplan

mit **Runkel-Rappo**, der größten Clown-Nummer der Welt und weltberühmten Sensationen!

Billets: Barasch und Zirkuskassen ab 10 Uhr vormittags ununterbrochen.

Achtung! Sehenswürdigkeit!

Haifisch-Schau

Ende Uferstraße.

Im Monat Januar 1926 sind an die Städtischen Steuerzahlstellen zu entrichten:

- Bis zum 7. Januar Hundesteuer für das Vierteljahr Januar/März 1926 in bisheriger Höhe (20 RM.).
 - Bis zum 10. Januar Schmelz für den Monat Januar (mit Barzahlungen) unter Vorlegung des Schuldscheins für 1925. Bei der Prüfung bis zum 10. Januar ist die einwöchige Schmelz eingerechnet.
 - Bis zum 15. Januar:
 - a) Staatliche Grundvermögenssteuer in bisheriger Höhe,
 - b) Gemeindefuhrschlag (200 v. S.) zur staatlichen Grundvermögenssteuer,
 - c) Hauszinssteuer mit 700 v. S. der staatlichen Grundvermögenssteuer,
 - d) Kanal- und Abfallabgabegeld in Höhe des Veranlagungsbetrages,
 - e) Gewerbesteuer für den Monat Dezember.
- Breslau, den 1. Januar 1926. 10049
Städtische Steuerkasse.

Buchhandlung Volkswacht Modernes Antiquariat
Breslau 3 Neue Graupenstraße 5

Die besten Neujahrswünsche

allen meinen werthen Gästen
A. Griesch
Schönstraße 9.

Zum neuen Jahre
wünschen wir allen das Beste

Selix Brydley und Frau
Konsumverein „Vorwärts“ Oels

Stenographie-Schreibmasch.-Schönschreib-Kurse
Thinking, Vorwerkstr. 62.

Kaufm. Privat-Schule
Strelowitz
Ohlauer Straße 1
Jeden Monat Beginn neuer Kurse in allen Handelsfächern
Prospekt kostenlos.

Buchdruckerei Volkswacht

BRESLAU 2
Flurstraße 4/6

übernimmt die Anfertigung sämtlicher Druck-Arbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in ein- und mehrfarbiger Ausführung bei preiswerter Berechnung und schnellster Lieferung.

Spezialität: **Massenauflagen** (Rotationsdruck)

Wohnungen

Wer vermietet p. sofort einem älteren Parteigenossen ein leeres oder teilweise möbliertes Zimmer? Möglichst in Schelling. Off. unter St. 255 Geschäftsstelle dieser Zeitung. 10059

Arbeitsmarkt

Schmiedelehrling

auch solchen, der schon gelernt hat, stellt bald bei voller Verpflegung ein
Paul Weiß, Schmiedemstr. Eickau, Kr. Münsterberg.

Viel Geld verdienen

Kann jedermann durch Vermittelung und Vertrieb von Lebensmitteln, die in jedem Haushalt gern gekauft werden, an Private, Pensionen usw. Offert. u. „Lebensmittel“ an die „Volkswacht“.

Böhmische Bettfedern!

Den geehrten Hausfrauen etc. zur Kenntnis, daß ich von Montag, 4. Januar, bis Sonnabend, 9. Januar wieder einen großen Posten schöne, gedüllene Bettfedern, weiße und graue Daunen, auch Halbdunen zu billigsten Preisen zum Verkauf bringe. Ferner empfehle ich gute, federdicke Inletts.



Fl. Köhlers Nachf.

Verkaufsort: Ring 3 (im Hof).

Konkursmassen-Verkauf!

Das zur Konkursmasse der Firma Curt Dostal gehörige reichhaltige Lager in **Kostüm-, Anzug-, Mantel- und Futterstoffen etc.**, soll zu bedeutend herabgesetzten Preisen schnellstens verkauft werden. Der Verkauf findet gegen sofortige Barzahlung statt.

Poststraße 91.
J. Koleschek, Konkursverwalter, Klosterstraße 12.

Zu der „Volkswacht“ haben Stellen-Angebote

Infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen besten Erfolgs

Sozialdemokratische Partei
 Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
 Telefon: DSt 5652.

District 13. Dienstag, den 5. Januar, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokal Heinrich, Steinauer Straße, Ecke Kolener Straße, eine Funktionärssitzung statt, an der auch das Fahnenkomitee teilnimmt. Nach auhentelebende Sammelstellen für die Distriktsfabrik sind mitzubringen.

Arbeiter-Wohlfahrtsauschuss. Freitag, 8. Januar, abends 8 Uhr, spricht im Gewerkschaftshaus Genosse Statrat Tsch über: „Das Jugendamt“. Dazu werden alle in der privaten und kommunalen Wohlfahrtspflege tätigen Genossinnen und Genossen herzlich eingeladen. Wer sich außerdem dafür interessiert, ist ebenfalls willkommen.

Jugendkollisten. Mittwoch, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine wichtige Zusammenkunft statt. Thema: „Unsere Arbeit in diesem Jahre“. Wir erwarten euren Besuch. Gäste sind eingeladen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 4. Januar.

Die Gemeinden an der Jahreswende

Die schwere, sich immer weiter entwickelnde Wirtschaftskatastrophe hat die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wieder mehr als in den letzten Monaten auf die große Bedeutung der kommunalwirtschaftlichen und der praktischen Arbeit der Kommunen hingelenkt. In allen Gassen und Ecken wendet sich jeder, der direkt oder indirekt von der Wirtschaftskrise betroffen wird, zuerst an die Gemeinden. Sie organisieren und verwalten die Wohlfahrtspflege, die Unterbringung Bedürftiger, Auszahlung der Erwerbslosengelder. In ihrer Hand konzentriert sich die Hauptarbeit der praktischen Sozialpolitik. Kein Tag vergeht, an dem nicht bedrohliche Unternehmungen und ihre Arbeitervertreter sich hilfesuchend an die Kommunen wenden und von ihnen direkte Unterstützung oder Mithilfe bei staatlichen und Reichsbehörden verlangen. Die Gemeinden organisieren zurzeit überall unter Anspannung des letzten Pfennigs in ihren Kassen und unter äußerster Ausnutzung des Kredits Notstandsarbeiten, sie suchen durch Verstärkung der öffentlichen Aufträge, soweit sie dazu in der Lage sind, einen Ausgleich für die Beschäftigungslosigkeit der Industrie zu schaffen.

Unter dem Eindruck dieser Tatsachen haben die Anstöße gegen die Gemeinden und ihre Finanzverhältnisse in der letzten Zeit etwas nachgelassen. Auch die verantwortungslossten Interessenten können sich eben jetzt der Tatsache nicht mehr verschließen, daß die Gemeinden eine ungeheure, gar nicht hoch genug anzuschätzende Rolle bei dem Kampf gegen die sozialen Folgen der Krisenwirtschaft spielen. Wer erst die bittere Not hat diese Einsicht weiterverbreitet. Das vergangene Jahr war für die praktische Kommunalpolitik in erster Linie gekennzeichnet durch den fanatischen und hemmungslosen Kampf der Privatindustrie und ihrer Organisationen gegen die Gemeindegewirtschaft. Mit bewundernswürdiger Planmäßigkeit sind diese Angriffe von allen Seiten auf die Gemeinden niedergedrückt. Sie haben in der von der Industrie unterstützten und von ihr abhängigen Presse ein bereitwilliges Echo gefunden. Die Schlagworte, die von hier aus in die Öffentlichkeit geworfen wurden, haben ihre Wirkung in weiteren Kreisen gehabt. Sie haben vor allen Dingen die Gesetzgebung entscheidend beeinflusst. Nicht nur der Finanzausgleich des Reiches trägt die Spuren dieses erfolgreichen Kampfes gegen die Gemeinden, auch in dem Finanzausgleich der einzelnen Länder zeigt sich, wie sehr die industriellen Parteien die Gesetzgebung in den Parlamenten beeinflusst haben. Gemeinden, die im Jahre 1924 die Hoffnung hatten, wenigstens wieder an die Befreiung der furchtbaren Schäden der Kriegs- und Inflationsjahre heranzukommen zu können, müssen gegen Ende 1925 sehen, wie ihre Kassen leer geworden sind, sehen sich gezwungen, Steuererhöhungen vorzunehmen oder vorzubereiten. Aus dem westlichen Industriegebiet kommen aus zahllosen Gemeinden Nachrichten, wonach die städtischen Kassen nicht mehr in der Lage sind, die Gehälter der Beamten auszus zahlen.

Die Gesetzgebung wird an dieser Entwicklung nicht einfach vorbeigehen können, und es scheint auch, als ob gegen die Angriffe der Industrie eine erfolgreiche Gegenwehr einsteht. Die Gemeinden sind für die wirtschaftliche Entwicklung ein so bedeutender und unentbehrlicher Hilfsfaktor geworden, daß gegen den übertriebenen Angriffsanatismus jetzt selbst aus Wirtschaftskreisen Gegenstimmen laut werden. Nicht nur, daß sie Arbeit schaffen und daß sie durch ihre praktische Sozialpolitik die Wirtschaftskrise in ihren Auswirkungen wenigstens etwas mildern, die Gemeinden sind vor allen Dingen durch ihre großen kommunalen Unternehmungen für die Gesamtwirtschaft ein unentbehrlicher Faktor. Die weitere Durchführung der Elektrifizierung des Landes, die Besserung der Verkehrsverhältnisse und tausend andere Dinge, die für die Gesamtwirtschaft von grundlegender Bedeutung sind, können nur durchgeführt werden, wenn die Gemeinden finanziell zu erträglichen Finanzen und zu einem Mindestmaß von Selbstständigkeit kommen, das ihnen die Möglichkeit gibt, Einnahmen und Ausgaben in Einklang miteinander zu bringen.

Das vergangene Jahr stand unter dem Zeichen eines fortwährenden Kampfes gegen die Selbstverwaltung. Das neu beginnende Jahr muß naturgemäß zu einem Gegenstoß und zu einem Erfolg in der Abwehr dieser Angriffe führen. In diesem Jahre finden die entscheidenden Verhandlungen über die endgültige Regelung des Reichsfinanzausgleichs statt. Der Deutsche Städtetag hat sich in richtiger Erkenntnis der Notwendigkeit verstärkter Aktivität eine neue Leistung gegeben. Auch die Gemeindevertreter müssen sich an diesem Kampfe um eine wirkliche Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung beteiligen. Sie ist gerade für die arbeitenden Massen von ganz außerordentlicher Bedeutung und gibt ihnen die Möglichkeit, in sehr starkem Maße sich unmittelbar an den wichtigsten öffentlichen Verwaltungszweigen zu beteiligen und ihre Entwicklung in sozialem Sinne zu beeinflussen. In dem Willen zu demokratischer Gestaltung unseres öffentlichen Lebens, der die Arbeiterklasse befeuert, muß dieser Kampf um die Selbstverwaltung eine starke und lebendige Stütze finden. Die Gesamtsituation ist dafür keineswegs ungünstig, wenn nur die Kräfte und sachlich begründete Forderungen geäußert werden.

Die neue Großmacht.

Der Film der ersten internationalen Arbeiter-Olympiade zu Frankfurt a. M.

Sieben Jahre Republik liegen hinter uns. Das Volk, vor allem die arbeitende Bevölkerung, schreit aus den vier Jahren blutigen Völkermordens, vier Jahren Hungers und Frierens noch nichts gelernt zu haben; denn sonst würde es ablehnen, sich von den Kinobesitzern noch Fritzlerius-Mex-Filme und sonstige mit nationalförmlicher und monarchistischer Tendenz besetzten zu lassen, während ihre eigenen Werke zur Vorführung nicht angenommen werden.

In diesen Tagen läuft nun der Film der ersten internationalen Arbeiter-Olympiade zu Frankfurt a. M., bestes „Die neue Großmacht“, in den Gewerkschaftshaus-Lichtspielen. Gleich die erste Vorführung für die Kinder brachte ein überwolltes Haus. Ein Zeichen dafür, daß die Arbeiterportiererschaft auf dem richtigen Wege ist.

Und nun zum Film selbst: Zunächst das Wahrzeichen der verfallenen Großmacht, ein Soldat, ein Schießplatz. Stätten, die der Vernichtung von Kulturwerten dienen und nur einer ganz dünnen Schicht des Volkes, den kapitalistischen Ausbeutern, enorme Vorteile bringen, während die breite Masse abgeschlachtet und von Hunger und Kälte zugrunde gerichtet wurde. — Auf dieser Stelle abgestorbenen Größenwahn entstand in Frankfurter Stadtwald das Stadion, das der neuen Großmacht Raum zur kräftigen Entfaltung geben wird. Wir sehen die ungeschliffenen Jüge, die aus allen Richtungen der Windrose im Frankfurter Hauptbahnhof einlaufen, und Bekanntschaft und immer wieder Zehntausende von Arbeiterportierinnen und Arbeiterportieren nach der festlich geschmückten Mainstraße bringen. Der Ausmarsch der höchsten Arbeiterportier aus Prag und Lissa zeigt uns die Anteilnahme der dortigen Bevölkerung an dem Fest der Arbeiterverbündung. Wir begleiten die Schweizer Arbeiterportier im Sonderzuge, sehen die Finnen auf hoher See, die Franzosen und Belgier ihre Heimat verlassen, die Engländer in London von der Menge lebhaft begrüßt und nicht zuletzt die Fahrt der deutschen Sportgenossen. Schon dieser Aufmarsch ist überwältigend. Die Straßen Frankfurts sind von einer freudig bewegten Menschenmenge besetzt. Überall sieht man Massen und immer wieder Massen. Der Einmarsch der Nationen unter dem roten Banner der internationalen Arbeiterportiererschaft ist packend. In anschaulicher Weise sind die einzelnen Wettkämpfe der verschiedensten Sportarten zu sehen. Turnen, Leichtathletik, Länderspiele, Stätten der Sportlerinnen und Sportler, zum Teil unter die Zeitungs genommen, wechseln in reichhaltigster Folge. Der zur Verfügung stehende Raum läßt eine eingehendere Beschreibung nicht zu. Es folgt der Festzug der Hunderttausend durch die festlich geschmückten Straßen Frankfurts, dessen Spitze von 2000 Radfahrern gebildet wird. Tambourkorps, Schützenreihen, Turner in ihrer einheitlichen Turntracht, die Tischen in Nationaltracht, die Ländersportlerinnen in ihrer besonderen Sportkleidung und dann die Zehntausende der deutschen Sportgenossen. Die Straßen sind überfüllt von einer freudigsten, begeistertsten Menschenmenge. Lebende Architektur an Kirchen, Anschlagkäulen ist hinterher aus und zeigt zugleich das Interesse an der Veranstaltung der internationalen Arbeiterportier. In der Schwimmhalle bewundern wir Leistungen der Schwimmer. Mit Hilfe der Zeitlupe wurde die Technik der Schwimmkunst besonders berücksichtigt. Seränge von 3, 5- und 10-Meter-Breit, sowie Momente aus den Wasserballspielen sind zu sehen. In der Radrennbahn folgen wir den Fahrerinnen, sowie dem Kunstfahren und Radsportspiel. Weiter bewundern wir die Leistungen der Athleten. —

Der System-Wettkampf zeigt die verschiedenen Turnsysteme, die die Volkstümlichkeit und Eigenart der einzelnen Länder vor Augen führen und für alle Sportbegeisterten einen reichhaltigen Anschauungsunterricht bieten. Einige Momente von der Regatta der Arbeiter-Ruderer und Kanufahrer vervollständigen die Volkstümlichkeit des Arbeiterports.

In langem Zuge marschieren die Jugend ins Stadion. Mit Begeisterung sind diese eifrigen Träger der Arbeiterbewegung bei der Sache. Rhythmisches Turnen wechselt mit dem Geräteturnen. Noch einmal sehen Massen auf. Arbeiterportierinnen besetzen den großen Freilichtplatz. Wie ein wogendes Meerfeld bewegen sich die kräftigen, formvollendeten Menschentörper auf ein Zeichen der Sportlerin. Noch einige andere Bilder zeigt uns der Film: den moralischen Wert des Sports für die gesamte Arbeiterklasse. Wir sehen den Arbeiter, der in die Kneipe geht, seine letzten Groschen in Alkohol und Spiel ansetzt und verknipft, seiner Familie und der Allgemeinheit zur Last fallend; während der andere Arbeiter zum Sportplatz eilt, seinen Körper und Geist stärkt, um neugekärnt den Kampf des Alltags aufzunehmen, in seinem, sowie im Allgemeininteresse.

Das vorher Gesagte ist nur ein ganz geringer Ausschnitt aus dem Film, der 1 1/2 Stunden vor den Augen der Zuschauer vorüberzieht und wohl jedem das Bewußtsein einflößt, daß der Arbeiterport eine neue Großmacht darstellt, die ständig an Größe und Kraft zunimmt. Helfen wir, daß er seinen Zweck erfüllt, indem er Zehntausende neuer Kämpfer für im Interesse der internationalen Arbeiterbewegung, im Interesse einer neuen, geistlichen Gesellschaftsordnung. Wenn das der Fall ist, so sind alle verfeindeten Hoffnungen der nationalförmlich-monarchistisch eingestellten Volkskreise, aller kapitalistischen Ausbeuter und Ruffies, sowie aller spießbürgerlichen Vierbankpolitiker zerschanden gemacht.

Darum muß für alle vorwärts gerichteten Menschen, für alle organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter Breslaus, die Parole lauten: „Auf zum Besuch der „neuen Großmacht“ die am Dienstag, den 5. Januar, Freitag, den 8. Januar, und Sonntag, den 10. Januar, nachmittags 4, 6 und 8 Uhr, in den Gewerkschaftshaus-Lichtspielen über die Leinwand zieht! Als Beiprogramm der Kulturfilm „Am nördlichen Polarkreis“, Lappland. Herrliche Naturaufnahmen.“

Der Film, der durch irrtümlichen Versand erst später nach Breslau gelangte, wird zu den bekanntgemachten Zeiten vorgeführt werden. Die am 1. und 2. Januar gelösten Eintrittsbillets werden nur noch am Dienstag, den 5. Januar, in Zahlung genommen, dann verlieren sie ihre Gültigkeit.

Am Dienstag, den 5. Januar, findet nachmittags um 4 Uhr für die Erwerbslosen gegen Ausweis eine Sondervorstellung zu ganz mäßigen Eintrittspreisen statt.

Um den Jugendlichen den Besuch des Films zu ermöglichen, ist der Eintritt für sie ermäßigt worden. Für die Jugend der dem Arbeiterpartei für Sport und Körperpflege angeschlossenen Vereine, sowie des Reichsbanners ist eine besondere Klasse im Gewerkschaftshaus eingerichtet worden, die gegen Mitgliedskarte Eintrittskarten zum Preise von 50 Pf. erhält.

Für die Mitglieder des freigewerkschaftlichen Jugendrats, sowie der sozialistischen Arbeiterjugend sind Eintrittskarten zu ermäßigtem Preise im Büro der Arbeiter-Jugend, Gewerkschaftshaus, zu haben.

Stadtverordnete und Stadträte.

Die Sozialdemokratische Stadtverordnetensraktion hat Dienstag abend ihre Sitzung im Gewerkschaftshaus. Vollzähliges Erscheinen ist nötig.

Wer wird Stadtverordnetenvorsteher?

Im vorigen Jahre wurde Stadt Dr. Friedrich an Stelle unseres Genossen Bandmann zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt, und zwar mit Zentrumshilfe auf ein Jahr. Die Sozialdemokraten haben nämlich als stärkste Partei 25 Sitze, während sich Deutschnationale und Volkspartei zu einer Fraktionsgemeinschaft zusammengeschlossen haben, die ebenfalls über 25 Sitze verfügte. Sie wollten dann ihren Anspruch an und das Zentrum sagte, daß Sozialdemokraten und Deutschnationale, solange dieses Verhältnis bestehe, abwechselnd den Vorsteher stellen sollten. Unsere Genossen ließen sich darauf nicht ein. Als stärkste Partei beanspruchten sie den Platz und waren auch überzeugt, daß die Deutschnationalen innerhalb eines Jahres alles tun würden, um diesen oder jenen aus den Splittlerpartien ihrer Fraktionsgemeinschaft einzuberufen. Als deshalb Dr. Friedrich mit Zentrumshilfe und duldender Toleranz der Kommunisten gewählt war, verzichteten unsere Genossen auf jede Beteiligung am Büro. Wie recht sie gehabt haben, geht daraus hervor, daß es den Deutschnationalen kurz vor Jahreschluss in der Tat gelungen ist, den Fakultätsprofessor Rudolf Scholz bei sich einzugemeinden, so daß sie jetzt mit 26 Mann den Anspruch auf den Vorsteherposten erneut erheben. Es fragt sich nun, ob das Zentrum den Schwinkel mitmacht, und ob es auch Kommunisten und Bodenreformern gleichgültig ist, ob die Stadtverordnetensammlung von einem Republikaner oder von einem Monarchisten repräsentiert wird. Etwas wackelig scheint die Geschichte für Dr. Friedrich zu stehen.

Die Zeitungsanzeige.

(Zur gest. Beachtung für die Geschäftswelt.)

Ich wohne auf dem platten Lande. Habe ich dort auch freie Luft und viel Natur, so will doch der Mensch auch schließlich etwas mehr haben, z. B. Kenntnis von neuen Büchern, Erzeugnissen und dergleichen. Da lese ich neulich die Anzeige eines Verlegers vom Erscheinen einer Broschüre über eine wichtige Zeitfrage. Ich möchte mir das Buch gern anschaffen, der Preis ist nur 60 Pf., die nächste Buchhandlung aber ziemlich weit entfernt. In der Anzeige fehlt nun leider die Angabe, ob der Verleger Postkontos hat. Ich möchte sie darin, so könnte ich mir das Buch ganz gebührenfrei beschaffen, weil ich selbst auch ein Postkontohabe; wäre ich nicht angeschaffen, dann könnte ich die Poststellung wenigstens mit einer Jahresrate für 10 Pf. erledigen. Zu dem! Nun muß ich eine Postanweisung benutzen und dafür 20 Pf., also ein Drittel des Ankaufpreises überhaupt, opfern. Bedenken das denn die Herren Geschäftsleute gar nicht? Wir sollen und müssen doch sparen! Ich meine, es ist doch des Einzelnen, bei allen Anzeigen, die feste Einzelpreise enthalten, der Angabe des Verlegers die Postkontobezzeichnung, z. B. „Postkontobezahlung Breslau Nr. ...“ hinzuzufügen. Das verzerrt die Anzeige nicht wesentlich und beseitigt jeden Zweifel bei den Lesern. Die Kontonummer muß natürlich richtig und deutlich gedruckt sein! Dies gilt auch für die Angabe des Postkontos auf den Rechnungen und Briefköpfen. Man sollte dazu aus Rücksicht auf die Augen der Empfänger keine zu kleine Schrift und eine leicht in die Augen fallende Stelle wählen.

Mit liebe Geschäftswelt!
 Angabe des Postkontos in den Zeitungsanzeigen!
 Nicht zu kleiner Druck derselben Angabe auf den Rechnungen, Briefkarten und Rechnungen!

Politische Bildungskurse der SPD.

Dienstag, den 5. Januar, abends 8 Uhr, beginnt im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses der zweite Bildungskursus in der Reihe der Vortragsabende.

Genosse Dr. Waldemar von Grumbkow spricht über:

„Einführung in die deutsche Beschäftigungsorganisation!“
 Diese Bildungskurse nehmen den Teilnehmer an einem Abend in der Woche in Anspruch. Jedes Stoffgebiet erfordert vier bis sechs Abende und ist für diesen Kursum die geringe Gebühr von 75 Pf. zu entrichten. Vorgelesen ist der Sonnabend. Ein jeder sollte darum nicht veräumen, die so günstige aber auch nützliche Gelegenheit wahrzunehmen, sein Wissen zu bereichern, vorwärts streben zu können.

Sagen Sie der Zeitungsträgerin:

„Ich will den Neuen Illustrierten Weltkalender!“
 1. Weil ich sowieso einen Kalender als Nachschlagewerk für das neue Jahr brauche;
 2. weil dieser Kalender ein wirklicher Arbeiterkalender ist;
 3. weil er keine Gehirnerkennung wie die bürgerlichen Kalender bringt;
 4. weil ich einen Rückblick über 50 Jahre Arbeiterkalender gewinne.

Arbeiter-Jugend.

Kaffeezer. Heute abend von 7 Uhr ab Abrechnen der Beiträge im Zimmer 70 des Gewerkschaftshaus. Gleichzeitig sind die Zeitungen mitzunehmen.

Die Stellenjäger.

Wer soll Deutschland nun vertreten,
 Wenn es tritt zum Völkerbund?
 Wieber einer von den Räten,
 Die uns brachten auf den Hund!
 Einer von den Diplomaten
 Aus der guten alten Zeit,
 Die ja auch zum Krieg geratet
 Mit des Maules Tapferkeit!

Wo nur eine Futterrippe
 Auf sich tut in aller Welt,
 Zeigt sich die verruchte Sippe,
 Buhlt um Einfluß und um Geld!
 Wie in Zeiten der Monarchen,
 (Jeder feiert den alten Geiß),
 Wollen nun sie wieder schnarzen,
 Bis wir völlig eingekreist!

Schwarz-Weiß-Rot sind ihre Farben,
 Gelbhaft die Brust sich bläst,
 Zur Wisage voller Narben
 Prächtigt das Monocle steht!
 Kaiserlicher deutscher Adel,
 Deftlich von der Elbe her,
 Ohne Furcht und ohne Tadel,
 Von Verstand den Schädel leert!

Ja, so einer, ohne Frage,
 Muß vertreten uns in Genf;
 Dann wird, am Verfallungstage,
 Er auch flagen — „Schwarz-Weiß-Rot!“
 Und es' noch ein Jahr vergangen,
 (Krieg zählt doppelt bei dem Mann)
 Wird er Pension empfangen,
 Weil der Vater auch ein Mann!

Die juristische Sprechstunde

In dieser Woche Mittwoch und Sonnabend, nachmittags von 3 bis 4 Uhr Mitt. - Eingang Fräuleinstraße 3.

Sport-Arena Jahreshunderthalle.

In neun Tagen zweimal total ausverkauft Häuser zu haben, ist ein Verdienst der eifrigen Leitung der Sport-Arena, die es versteht, große Rennen mit guter internationaler Besetzung auszuspielen.

Weiter- und Selbstversicherung in der Invalidenversicherung.

Leider findet man in vielen Kreisen noch eine große Unklarheit über die Weiterversicherung in der Invalidenversicherung. Dies ist umso bedauerlicher, da alle an die Versicherung erworbenen Rechte verloren gehen, wenn keine oder nicht genügend Beitragsmarken verwendet werden.

Neben dieser Weiterversicherung gibt es noch eine Selbstversicherung. Personen, die nicht pflichtversichert sind, können der Versicherung freiwillig beitreten.

Wir haben also, daß die Bestimmungen zur Zurückhaltung eines verlorener Rechte ziemlich streng sind, ist zunächst aber aus versicherungstechnischen Gründen so fern, um eine Ausnutzung der Versicherung zu verhindern.

Steigerung der Ausgaben für das höhere Schulwesen in fast allen Städten. Es haben sich nicht nur die Ausgaben absolut gesteigert, sondern es hat vor allen Dingen der städtische Zuschuß eine außerordentliche Erhöhung, in den meisten Fällen sogar eine Verdoppelung, erfahren müssen.

Table with 4 columns: City, Year, Expenses, Income. Rows include Köln, Breslau, Düsseldorf, Magdeburg, Stettin, Kiel.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Heller: Mittwoch, 8 Uhr, Zimmer 25 des Gewerkschaftshauses: Fortsetzung des „Arbeitsstufens über Tännich“.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Ortsverein Breslau. (Jugendbanner West.) Dienstag, den 5. Januar, abends 7 Uhr: Untereinander sämtlicher Jugendkameraden in der Legniner Turnhalle.

Ein Wochenendkurs des Arbeiter-Bildungsausschusses für Mittelschlesien

findet am 9. und 10. Januar in Breslau statt. Genosse Regierungsrat Dr. Hamburger, M. d. L., ist zum Leiter bestimmt. Das Thema lautet: „Gegenwartsprobleme der deutschen Wirtschaftspolitik.“

* Die Stadtverordneten haben diesen Donnerstag Sitzung. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl des Vorstandes, dann Ausschussgutachten über den Antrag einer Ortsabteilung gegen die Verarmtaltung der Kaiserstraße.

* Der neue Unterrichtsplan der Volkshochschule ist schon erschienen und vom Preise von 10 Pfennigen im Volksbuchhandlung, Münzstraße 16, II, in Volksbüchereien und Leseshallen und an den anderen bekannten Orten erhältlich.

* Die neuen Anmeldungen zur Volkshochschule beginnen am 7. Januar. Anmeldungen werktäglich 10-3 und 5-8 Uhr.

* Die Stadtverordneten haben diesen Donnerstag Sitzung. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl des Vorstandes, dann Ausschussgutachten über den Antrag einer Ortsabteilung gegen die Verarmtaltung der Kaiserstraße.

* Der neue Unterrichtsplan der Volkshochschule ist schon erschienen und vom Preise von 10 Pfennigen im Volksbuchhandlung, Münzstraße 16, II, in Volksbüchereien und Leseshallen und an den anderen bekannten Orten erhältlich.

3. Januar, vormittags kurz nach 11 Uhr, wurde die Feuerwehrtuch Westendstraße 71 gerufen, weil in einem Wirtschaftsfeller ein Entwässerungslag und ein Saal, wahrscheinlich durch Unvorsichtigkeit beim Umgang mit Licht, in Brand geraten waren.

* Wichtige Zeugen gesucht! Zur restlosen Ermittlung der Todesursache des in der Nacht vom 25. zum 26. Dezember 1925, gegen 1 Uhr nachts, verunglückten Reinhold Wirtler, ist die Vernehmung der beiden Männer dringend erforderlich.

* Raubüberfall. Am 2. Januar, kurz nach 12 Uhr mittags, kam das Lehrlingsmädchen Johanna Thomas vom Postfachamt in das Haus Schmiedmühler Straße 9 - Eingang Karlsruher - um in ihre im dritten Stock belegene Arbeitsstätte zu gelangen.

Stadt-Theater.

„Lohengrin.“ Nachdem die erste Aufführung des neu inszenierten und neu-einstudierten „Lohengrin“ durch einen völlig unzulänglichen Vertreter der Hauptpartie verborben wurde, sind für die erste Wiederholung Besetzungsänderungen vorgenommen worden.

„Die Fledermaus“ mit Silvesterfesten. Unsere Oper pflegt am Silvesterabend mit der Fledermaus-Aufführung vor allem einen Anziehungspunkt für die festgenannte gute Gesellschaft zu bilden.

Halltheater. Am Silvesterabend. Selbstkamernweise hat die europäische Menschheit es sich zur Aufgabe gemacht, zur Jahreswende lustig zu sein, koste es, was es wolle.

„Lohengrin.“ Nachdem die erste Aufführung des neu inszenierten und neu-einstudierten „Lohengrin“ durch einen völlig unzulänglichen Vertreter der Hauptpartie verborben wurde, sind für die erste Wiederholung Besetzungsänderungen vorgenommen worden.

Halltheater. Am Silvesterabend. Selbstkamernweise hat die europäische Menschheit es sich zur Aufgabe gemacht, zur Jahreswende lustig zu sein, koste es, was es wolle.

„Lohengrin.“ Nachdem die erste Aufführung des neu inszenierten und neu-einstudierten „Lohengrin“ durch einen völlig unzulänglichen Vertreter der Hauptpartie verborben wurde, sind für die erste Wiederholung Besetzungsänderungen vorgenommen worden.

„Lohengrin.“ Nachdem die erste Aufführung des neu inszenierten und neu-einstudierten „Lohengrin“ durch einen völlig unzulänglichen Vertreter der Hauptpartie verborben wurde, sind für die erste Wiederholung Besetzungsänderungen vorgenommen worden.

„Lohengrin.“ Nachdem die erste Aufführung des neu inszenierten und neu-einstudierten „Lohengrin“ durch einen völlig unzulänglichen Vertreter der Hauptpartie verborben wurde, sind für die erste Wiederholung Besetzungsänderungen vorgenommen worden.

Table with 4 columns: Name, Amount, Date, Location. Rows include Wasserstand, 4. Januar, Wasserstand, 4. Januar.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Arbeitslosigkeit.

Erstreckende Zahlen.

Am 1. Juli wird mitgeteilt: In der Zeit vom 1. bis 15. Dezember vorigen Jahres ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenversicherung von 673 815 auf 1 057 031, das heißt um rund 57 Prozent gestiegen. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 613 712 auf 964 012 und die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 59 003 auf 93 019 erhöht. Diese Steigerung wurde nicht unerheblich durch die Einstellung der Arbeit in den Außenberufen hervorgerufen, die ausschließlich um diese Zeit die Zahl der unterstützten Erwerbslosen in die Höhe treibt. Auch ist zu berücksichtigen, daß die Unternehmer verschiedentlich gerade am Ende des Jahres ihre Betriebe nur für einige Wochen stillgelegt und ihre Arbeiter während dieser Zeit beurlaubt haben. Diese Feststellungen ändern nichts an dem Ernst der Lage, der aus den Arbeitslosenziffern spricht.

Über die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt seit dem 1. Juli, wo die Arbeitslosen über 1 000 ihren günstigsten Stand erreicht hatten, geben wir folgende Übersicht:

Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen betrug 1925:

1. Juli	195 099
15. Juli	198 022
1. August	197 248
15. August	209 075
1. September	230 727
15. September	251 530
1. Oktober	266 078
15. Oktober	298 872
1. November	363 919
15. November	471 333
1. Dezember	678 815
15. Dezember	1 057 031

Man darf annehmen, daß die Zahl der Arbeitslosen am 15. Dezember 1925 weit über eine Million gestiegen ist. Damit wären über zwei Millionen Menschen in Deutschland auf Unterstützung angewiesen. Hinzu kommt die Zahl der Kurzarbeiter, die ebenfalls ansehnlich auf rund eine Million geschätzt werden kann. Betrachtet man die Familienangehörigen der Kurzarbeiter ebenfalls mit einer Million, so ergibt sich, daß weit über vier Millionen Menschen in Deutschland ohne Arbeitsverdienst bzw. auf den künftigen Erfolg der Kurzarbeiter angewiesen sind. Die Wirtschaftspolitik unseres Unternehmens und der demissionarischen Reichsregierung macht sich verdammend über diese Verhältnisse.

Die Arbeitslosen in den Fachverbänden.

Die Zahl der erwerbslosen Mitglieder in den Fachverbänden hat sich nach den Feststellungen des Reichsstatistischen Amtes in der Zeit von Ende Oktober bis Ende November von 5,8 auf 10,7 gesteigert. Den Berechnungen liegen die Angaben von vierzig Arbeiterverbänden zugrunde. Die Zahl der Kurzarbeiter ist in derselben Zeit von 10,88 auf 15,5 Prozent gestiegen, so daß in den in Frage kommenden Verbänden nur noch 73,8 Prozent vollbeschäftigt waren gegenüber 83,3 Prozent Ende Oktober.

Die Internationale Arbeitsorganisation.

Die 30. Sitzung des Verwaltungsrats der Internationalen Arbeitsorganisation beginnt am 26. Januar in Warschau. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung stehen unter anderem folgende Gegenstände: Bericht des Direktors; Festsetzung der Tagesordnung der JVA 1927; Mitteilungen über den Internationalen Bund der geistigen Arbeiter; Mitteilungen über die Tätigkeit des Ausschusses über die Arbeit im Bergbau. Für die Tagesordnung der 10. JVA im Jahre 1927 hatte der Verwaltungsrat auf seiner letzten Sitzung vorläufig folgende Gegenstände vorgesehen: Die Krankenversicherung; bezahlter Urlaub; Reaktionsfreiheit; Methoden zur Festsetzung von Mindestlöhnen; Unfallversicherung. Aus dieser Liste sind nunmehr die Verhandlungsgegenstände ausgewählt, die 1927 endgültig behandelt werden sollen.

Zwanzig Jahre niederländischer Gewerkschaftsbund.

Am 2. Januar waren 20 Jahre seit der Gründung des niederländischen Gewerkschaftsbundes, der Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften der Niederlande, vergangen. Die niederländische Gewerkschaftsbewegung nahm ihren Ursprung von der Gründung des niederländischen Diamantarbeiter-Verbandes im Jahre 1891, dessen Organisationsform sich später der Verband der Zigarrenmacher, der Zimmerleute und der Buchdrucker zum Vorbild nahm. Am 9. Februar 1905 erließ der Diamantarbeiter-Verband einen Aufruf an alle Gewerkschaften des Landes zur Bildung einer Gewerkschaftszentrale. Am 2. Januar 1906 trat dann der niederländische Gewerkschaftsbund ins Leben. Elf Gewerkschaften mit insgesamt 18 960 Mitgliedern schlossen sich ihm sofort an. 1910 war die Mitgliederzahl bereits auf 40 623, 1914 auf 84 434 bei 35 angeschlossenen Verbänden gestiegen. Am 1. Januar 1919 zählte der Bund mehr als 159 000 Mitglieder, die im Jahre 1920 zur Höchstzahl von 247 700 angestiegen waren. Infolge der Nachkriegskrise sank die Mitgliederzahl wieder auf 179 900 im Jahre 1924. Aber schon Anfang 1925 war die Mitgliederzahl wieder auf 184 000 gestiegen, und am 1. Oktober 1925 zählten die 27 angeschlossenen Verbände 186 000 Mitglieder. Die Bedeutung des Bundes läßt sich ermaßen, wenn man bedenkt, daß alle anderen Gewerkschaftszentralen der Niederlande nur 174 000 Mitglieder umfassen.

Belgien für den Achtstundentag.

Die zuständigen Abteilungen des Abgeordnetenhauses haben den Gesetzentwurf über die bedingungslose Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, welcher der Kammer am 21. Juli vorgelegt worden war, beraten. Von den sechs beteiligten Abteilungen haben sich zwei einstimmig für den Entwurf ausgesprochen, drei andere gegen je eine Stimme und eine Abteilung gegen zwei Stimmen.

Eine Gewerkschaft der japanischen Verkehrsangehörigen.

Die Angestellten des Verkehrsministeriums, welches insgesamt 180 000 Personen beschäftigt, haben beschlossen, eine Gewerkschaft zu gründen. Zweck dieser Gewerkschaft soll die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Forderung der allgemeinen Bildung der Angestellten und die Schaffung von Einrichtungen zur gegenseitigen Unterstützung sein. Die Gewerkschaft soll die Forderungen ihrer Mitglieder vertreten. Die Angestellten aller

Beendigung der Parteilagerausperrung.

Der Kampf im Parteilagergewerbe ist durch Abschluß eines Mantel- wie Lohnvertrages beendet worden. Der Vertrag tritt mit dem 1. Januar in Kraft. Der Kampf hatte für die Arbeitererschaft an Schärfe zugenommen, da es immer noch Widerstand gibt, die Löhner aus der Hand des Unternehmers fressen, als bei Festsetzung der Lohn- wie der Arbeitsbedingungen ihren Mann zu stellen.

Ganz besonders hatten sich die Parteilager Josef Risch, Breslau, Lauensteinstraße 180, Paul Kleiser, Georgenstraße 12, Konrad und Georg Bernais, Weinstäbe 78 und Klosterstraße 91, Otto Marisch, Viktorienstraße 9, Fritz Scholz, Kottbuscher Straße 1, und Emil Wauer aus Sagan hervorgetan, um den Kampf den Arbeitgebern recht zu erleichtern.

Konsumgenossenschaft und Krise.

Die Vorteile genossenschaftlicher Organisation.

Die Krise, in der sich die deutsche Wirtschaft zurzeit befindet, hat nicht nur zur Folge, daß das Heer der Arbeitslosen täglich steigt, auch die noch beschäftigten werden in ihrem Einkommen bedeutend geschwächt. So haben zum Beispiel jetzt viele Großbetriebe ihre Tore vom 10. Dezember 1925 bis 4. Januar 1926 geschlossen. Das bedeutet, daß die Arbeiter 14 Tage Lohnausfall haben. Erwerbslose, Kurzarbeiter und die von diesen Maßnahmen betroffenen in Arbeit stehenden sind in ihrer Kaufkraft ganz wesentlich beeinträchtigt. Diese Erscheinung muß unbedingt zur weiteren Verschärfung der wirtschaftlichen Krise beitragen. Geringe Kaufkraft des Arbeiters und Angefallener hat geringeren Umsatz in der Handelswelt zur Folge, und wenn der Händler nicht verkaufen kann, kann er auch nicht einkaufen; die Produktion stockt.

Die Industrie klagt heute allgemein über zu wenig flüssige Mittel, hohe Arbeitslöhne, zu kurze Arbeitszeit und ähnliches. Flüssige Mittel mögen in manchem Großunternehmen in nicht genügendem Maße vorhanden sein. Seine Unternehmungen haben in der Inflation und auch noch in der ersten Zeit der Stabilisierung ihr größtes Augenmerk darauf gerichtet, Sachwerte zu haben, und wenn nun im Handel der Absatz stockt, können die industriellen Unternehmungen ihre Sachwerte nicht verarbeiten, nicht dem Handel zuführen, und es müssen dann naturgemäß flüssige Mittel fehlen.

Von dem jetzt hinter uns liegenden Weihnachtsgeschäft ist die in Betracht kommende Handelswelt nur wenig befriedigt. In vielen Fällen ist der erwartete Umsatz nicht annähernd erreicht worden. Es war wohl viel Publikum auf dem Wege, aber es war mehr schaulustig, als kaufkräftig. Die Konsumgenossenschaftlichen Organisationen sind von diesen Krisen-erscheinungen keineswegs verschont. Auch ihre Mitglieder haben unter Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und ähnlichen Erscheinungen zu leiden.

Wenn die Konsumgenossenschaften trotzdem den kommenden Dingen mit größter Ruhe entgegensehen, so deshalb, weil sie sich von ihrer ganzen geschäftlichen Handhabung wesentlich von der Privatwirtschaft unterscheiden. Die Konsumgenossenschaften sind die Organisationen für die Bedarfswirtschaft; die Privatwirtschaft arbeitet für den offenen Markt. Die Konsumgenossenschaften stellen den Bedarf ihrer Mitglieder fest und richten ihre Produktion entsprechend diesem Bedarf ein. Auch die Handelsware, die sie von anderen Produzenten beziehen, wird lediglich nach dem jeweiligen Bedarf bezogen. Die Konsumvereine, die von ihren Mitgliedern in deren Interesse Barzahlung für die an sie abzugebenden Waren verlangen, huldigen rückfällig ebenfalls dem Grundsatz der Barzahlung und haben infolgedessen beim Einkauf alle jene Vorteile, die eben derjenige hat, der über genügend flüssige Mittel verfügt.

Woher haben nun die Konsumgenossenschaften ihre flüssigen Mittel? Zunächst ist festzustellen, daß die Konsumvereine gegenüber vielen Privatgeschäften in ihrem Wirkungskreis große Unternehmungen sind, allerdings nicht privatwirtschaftlicher, sondern gemeinwirtschaftlicher Art. Durch Einzahlung auf Geschäftsanteile sorgen die Mitglieder für Zuführung von Sozialkapital (Geschäftsanteil) für ihre Organisation. Der Vorteil, der durch diese kleinen Beiträge dem Einzelnen entsteht, kommt in der Warenbeschaffung oder im Warenpreis zum Ausdruck. Eine weitere Quelle für das Betriebskapital bildet die den Mitgliedern nach Maßgabe ihres Umsatzes gewährte Rückvergütung. Die Konsumgenossenschaften Deutschlands haben 1924/25 viele Millionen Mark Rückvergütung an ihre Mitglieder verteilt. Würden die rund 1200 Konsumgenossenschaftlichen Unter-

nehmungen einzelnen Privatunternehmern gehören, so würden diese Millionen nur den einzelnen Unternehmern in die Tasche geflossen sein. Diese Millionen geben den Konsumgenossenschaften ein bedeutendes wirtschaftliches Gewicht.

Die Mitglieder der Konsumgenossenschaft legen außerdem ihre Sparreserven in der Genossenschaft an. Sie haben dadurch einmal den Vorteil bequemer Ein- und Auszahlung, weil jede Abgabestelle Sparreserven entgegennimmt und auch solche auszahlbar; sie haben die Sicherheit, daß ihnen von ihren Sparreserven nichts verloren geht, weil die bedeutenden Betriebsanlagen der Konsumgenossenschaft Gewähr für die Sicherheit des Geldes bieten; sie haben andererseits auch die Gewissheit, daß sie ihrer Organisation Betriebsmittel zu einem Zinsfuß zur Verfügung stellen, wie ihn die Banken oder sonstige Geldinstitute nicht gewähren würden. Diese Quellen sind es, aus denen die Konsumvereine gespeist werden. Es können auch nur die Konsumvereine aus diesen Quellen schöpfen, weil die Privatwirtschaft weder willens, noch in der Lage ist, so im gemeinwirtschaftlichen Sinne zu arbeiten, wie das für die Konsumvereine selbstverständlich ist.

Es ist uns bekannt, daß der Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ für Besslau und Umgegend beabsichtigt, im Frühjahr dieses Jahres mit der Errichtung weiterer Betriebsstätten zu beginnen und daß jetzt bereits Projekte für mehrere Jahre vorliegen. Es ist ein Zeichen der Stärke konsumgenossenschaftlicher Organisation, wenn sie sich jetzt trotz der Krise mit allen solchen Fragen beschäftigen kann und wenn sie andererseits niemals in die Klagen der Industrie mit einstimmt, die Arbeitszeit sei zu kurz und ähnliches. Die konsumgenossenschaftlichen Organisationen haben bereits vor dem Kriege in ihren Betrieben den Achtstundentag durchgeführt gehabt. Sie hatten allerdings auch darauf, daß ihr Betrieb technisch vollkommen eingerichtet ist und deshalb rationell arbeitet. Darin liegt auch ein Unterschied zwischen den konsumgenossenschaftlichen und vielen privatwirtschaftlichen Betrieben. Durch technische Einrichtungen den Betrieb wirtschaftlicher zu gestalten, die Arbeit zu erleichtern, durch hygienische Einrichtungen dem Arbeiter die Arbeit angenehmer und die Warenherstellung für den Verbraucher in einwandfreierer Weise tätigen zu lassen, das ist einer von den nicht gering zu veranschlagenden Aktiopoiten konsumgenossenschaftlicher Organisation.

Je schärfer die Krise hervortritt, desto mehr merken die Mitglieder die Vorteile konsumgenossenschaftlicher Organisation und desto mehr muß die arbeitende Bevölkerung — ganz gleichgültig, ob Hand- oder Kopfarbeiter — ihr Augenmerk auf die genossenschaftliche Organisation richten.

Wenn die Leitungen der konsumgenossenschaftlichen Organisationen, gestützt auf das starke Vertrauen ihrer Mitglieder und überzeugt von der unverwundlichen Kraft und Stärke ihrer Organisation trotz aller Stürme im Wirtschaftskörper sich mit neuen Aus- und Aufbauplänen tragen, so dürfen die Arbeiter und Angestellten die dieser Organisation noch fernstehen, durchaus Zutrauen zu diesen Organisationen gewinnen, denn die Vergangenheit bürgt dafür, daß nicht im kapitalistischen Profitinteresse gewirtschaftet wird, sondern unter Berücksichtigung der Interessen des gesamten Volkes für das Wohl der industriellen Betriebe gefördert, die Lebensmittelverteilung im Interesse der Verbraucher wahrgenommen werden. Förderung des Genossenschaftsgedankens bedeutet Förderung der Gemeinwirtschaft, Förderung des Sozialismus, bedeutet, unserem Ziel näherkommen. Darum: Sine in den Konsumverein „Vorwärts“ als die einzige Konsumgenossenschaft am Orte.

Wirtschaft.

Der Reichsindex fast unverändert.

Das Statistische Reichsamt teilt mit: „Der Reichsindex für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) ist nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den Durchschnitt des Monats Dezember mit 141,2 gegen 141,4 im Vormonat nahezu unverändert geblieben. Zurückgegangen sind die Preise für Fleisch, Fleischwaren, Milch und Milcherzeugnisse, während Brot, Eier sowie Gemüse und auch Kartoffeln im Preise etwas angezogen haben.“

Der Lebenshaltungsindex hat im Laufe des Jahres 1925 eine geringe Schwächung erfahren. Er stand im Februar, als den veränderten Verhältnissen durch die Einführung der neuen Berechnung einigermaßen Genüge getan war, auf 135,6 und steigerte sich im Hochsommer unter Einfluß des Auslandskreditstromes, der bevorstehenden Zollregelung usw. auf 145. Damit hatte er seinen Höhepunkt erreicht. Es trat schon im September eine kleine Schwächung ein, die sich bis zum Schluß des Jahres fortgesetzt hat. Für die Schwächung ist aber beileibe nicht die Preisentzugsaktion verantwortlich zu machen. Viel mehr ist es die Krise und der mit der Krise verbundene Preisdruck, der sich hier auswirkt. Die Entwicklung ist gerade angefaßt der Tatsache, daß sich hier der Geldumlauf in Deutschland noch fortwährend steigert, von ungeheurer Wichtigkeit. Wir geben über die Entwicklung des Lebenshaltungsindex und des Geldumlaufs folgende Zusammenfassung:

	Lebenshaltungsin- dex	Geldumlauf in Mark pro Kopf der Bevölkerung
1913/14	100	80,82
31. Oktober 1923	—	4,80
Anfang 1925	124	68,88
30. November 1925	141,4	79,06
Ende Dezember	141,2	75,80

Bei der Betrachtung unserer Zahlen ist zu berücksichtigen, daß der Lebenshaltungsindex für Anhang 1925 (124) nach der Index der alten Berechnung ist. Bei dem Geldumlauf für Dezember 1925 (75,80) muß weiter berücksichtigt werden, daß die Reichsbank für den 15. Dezember einen Geldumlauf von 4,7 Milliarden angibt, gegen 5 Milliarden Ende November. Erfassungsgemäß ist aber der Geldumlauf Mitte des Monats immer geringer als Ende des Monats, so daß man für Ende Dezember mindestens mit dem gleichen Geldumlauf pro Kopf wie Ende November, wenn nicht mit einem höheren Umsatz zu rechnen hat. Wenn trotz des steigenden Geldumlaufs von ungefähr 66 Mark auf rund 80 Mark in einem Jahre der Lebenshaltungsindex einigermaßen gleichgehalten werden kann, ist das eine begrüßenswerte Tatsache, die aber auch die Schwere der Krise zeigt.

Der Entwicklung stand im großen und ganzen eine nicht geringe Steigerung der Reallohn gegenüber, wie folgende Zusammenfassung zeigt:

	Wochenlöhne für generale Arbeiter (Durchschnitt in % von 1913)	Lebenshaltungs- index generale Arbeiter (Durchschnitt in % von 1913)
1. Halbjahr 1925	118	130,7
3. Vierteljahr 1925	128,5	141,6
Oktober 1925	130,3	143,7

Aus diesen Vergleichszahlen ergibt sich, daß eine Anpassung an den Preisindex, insbesondere bei dem gelehrten Arbeiter, nicht erfolgt ist. Vielfach erklären sich aus dieser Entwicklung die krisenhaften Vorgänge in unserer Wirtschaft, und es wird notwendig sein, im neuen Jahre die natürliche Entwicklung innerhalb der Krise, den Preisdruck, durch Eingreifen der Instanzen zu verstärken. Wie schwer die Aufgabe hier ist, beweist die Tatsache, daß Produktion und Handel trotz der Schwere der Krise den überragenden Preisstand im Jahre 1925 halten konnten.

Konkurse.

Die Zahl der Konkurse hat im Monat Dezember nach den Angaben des Reichsstatistischen Amtes weiter zugenommen. Wir geben die Entwicklung durch folgende Zusammenfassung wieder:

Wochendurchschnitt 1918	Zahl der Konkurse	Anzahl der Wechsel- proteste	Summe der Wechsel- proteste
Woche vom			
16.—21. November	302	5071	8,1 Mill.
23.—28. November	362	6795	10,6 Mill.
30. November bis 5. Dezember	360	6289	9,4 Mill.
7.—12. Dezember	378	6563	10,5 Mill.
14.—19. Dezember	338	10 068	11,4 Mill.
21.—26. Dezember	308	—	—

Nach den Zusammenstellungen der bekannten Finanzzeitschrift „Die Bank“ hat der gesamte Dezember 1925 Konkurse gebracht gegenüber einem Monatsdurchschnitt von 815 im letzten Friedensjahre. Für das ganze Jahr 1925 gibt „Die Bank“ 10 935 Konkurse an gegenüber 5929 Konkursen im Jahre 1924 und 249 im Jahre 1923. Auch die Geschäftsaussichten haben zugenommen. Sie betragen im Dezember 1927 gegenüber 921 im November und 599 im Oktober.

Harriman will die staatlichen polnischen Zinsgruben kaufen.

Der Harriman-Konzern bemüht sich um den Kauf der staatlichen Zinsgruben in Polnisch-Oberschlesien. Wie aus Warschau gemeldet wird, soll die polnische Regierung nicht abgeneigt sein das Angebot des Konzerns anzunehmen.

Eine neue Banken-Fusion in Amerika.

Nach New Yorker Meldungen steht eine neue große Banken-Fusion bevor. In der New Yorker Stadt Exchange war bereits eine erhebliche Kurssteigerung für einige in Frage kommende Bankfirmen zu verzeichnen. Wie berichtet, geht die Bewegung von dem bekannten Bankhaus Dillon Read & Co. aus und umfaßt u. a. die Mechanics and Metals National Bank und die Chase National Bank.

Gründung eines Fachverbandes.

In dem Gründungsprotokoll des am 9. Dezember in Frankfurt a. M. gegründeten Drahtverbandes mußte bekanntlich der Vorbehalt gemacht werden, daß die noch aufstehenden Werke, deren Beitritt für den Verband von wesentlicher Bedeutung ist, bis Ende dieses Monats ihren Anschluß an den Verband unter den für alle übrigen Mitglieder maßgebenden Bedingungen erklären. Die Verhandlungen mit diesen Werken wurden fortgesetzt und haben zu dem Ergebnis geführt, daß der Verband mit dem Sitz in Düsseldorf auf die Dauer von fünf Jahren vertiert ist und bereits Anfang Januar sein Tätigkeit aufnimmt.

Die englische Kohlenindustrie über 8000 ist in der Woche vom 19. bis 27. Dezember von 12 670 Tonnen auf 1410 Tonnen zurückgegangen. Die Kohle lag in der Zeit vom 1. bis zum 27. Dezember auf insgesamt 24 789 Tonnen.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Anschluss von Grundstücken an einen Eigenjagdbezirk.

Der Rittergutsbesitzer v. N. hatte im Wege der Klage es zu erreichen versucht, daß etwa 70 Morgen von Grundstücken des Gemeindebezirks S. die Jagd mit an den Eigenjagdbezirk des Rittergutsbesitzers v. N. angegeschlossen würden. Wegen einer ungünstigen Entscheidung des Bezirksauschusses hatte v. N. Revision beim Oberverwaltungsgericht eingelegt, welches auch die Vorentscheidung aufhob und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an den Bezirksauschuss zurückwies, indem unter anderem ausgeführt wurde, die Vorentscheidung sei nicht frei von Rechtsirrtum. Sofern der Jagdvorsteher an dem Ausgang des Rechtsstreits persönlich interessiert war, mußte er sich jeder amtlichen Handlung enthalten. Es sei ferner nicht ausreichend festgestellt, ob öffentliche oder private Wege in Betracht kommen und wenn eventuell der Weg gehört. Bei einer Beweisaufnahme habe auch eine weibliche Angestellte insofern mitgewirkt, als sie das Protokoll gefälscht habe. Sei die betreffende Person nicht verurteilt oder durch Handschlag verpflichtet worden, so würde die Beweisaufnahme unwirksam sein und müßte wiederholt werden. Von Erheblichkeit für die Entscheidung der Rechtsfrage sei auch der Umstand, wie die Grundstücke liegen, insbesondere, ob sie von dem Grundbesitzer des benachbarten Gutsbesitzers umschlossen werden. (M. L. C. 36. 24.)

Carlomag. Sozialdemokratischer Verein. In der am 3. Januar abgehaltenen, gut besuchten Generalversammlung gab der Ortsgruppenführer den Geschäfts- und Kassenericht. Nach der Aussprache über diesen Punkt wurde zur Neu- bzw. Wiederwahl geschritten. Es wurden gewählt: Als Ortsgruppenführer **Karl Morawe**, Stellvertreter **Hermann Bröhm**. Bei der Wahl der Kassierer wurde der **Bund** einstimmig als Kassierer in der Besitze zu stellen, damit jeder intensiver arbeiten kann. Als Kassierer wurden gewählt für Bezirk **Trebnitzer Chaussee Franz Sowa**, für Bezirk **altes Dorf Karl Mosch**, für Bezirk **Waldschlosser Chaussee Karl Nuttle** und für **Dorf Schwitwik Johann Tarnowich**. Als Schriftführer und zugleich Berichterstatter wurde **Karl Anwand** gewählt. Als Kassierer wurde **Wilhelm Koffa** und **Frau Fleischer** gewählt. Als dieser Punkt erledigt war, hielt uns unser Parteisekretär **Schiffner** einen sehr köstlichen Vortrag. Er wies auch darauf hin, daß 10 Monate deutsch-nationale Regierung nicht zur Arbeitslosigkeit, sondern auch eine Krise in uns selbst herbeiführt hat. Dann ermahnte er die Genossen, welche in der Gemeindevorstellung sind, ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, um den Gewerkschaften zu helfen. Auch die Aussprache über den Vortrag war sachlich, und können wir uns freuen, wenn die Reichstagsfraktion nicht in die Regierung hineingehet. Man soll das Volk durch Neuwahl entscheiden lassen, wer regieren soll. Zum Schluß wurden noch zwei Genossen als Delegierte zur Bezirksfrauenkonferenz gewählt.

Sadewitz. In der Gefängnisarbeit gestorben. Bei den Weistuhlgewerkschaftsarbeiten in hiesiger Gemarkung wird zurzeit auch ein großer Trupp Insassen des Arbeitshauses in Schweidnitz beschäftigt. Einer dieser Leute, der erst

wenigen Tagen hierher kommandiert war, brach Mittwochs nachmittag auf dem Heimweg von der Arbeitsstelle zusammen und verschied in der Arme seiner Kollegen. Wahrscheinlich hat Überanstrengung bei der schweren und ungemohnten Arbeit einen Herzschlag verursacht.

Parteilosen und Genossen!
Gebt Eure Anzeigen in der „Volkswacht“ auf!

Rätsel-Ede.

Einbereißel.
Aus den Silben:
bei - bel - bu - bund - e - er - ga - gel - gel - go - i - in - jus - fa - fom - fu - le - lei - na - ne - new - o - zeit - ri - ros - sal - se - sti - ta - wa
sind 14 Worte zu bilden, deren Anfangs- und Endbuchstaben, beide von oben nach unten gelesen, einen Spruch ergeben. Die Worte bedeuten: 1. Stadt im russischen Gouvernement Kiew, 2. Baum, 3. bekannter Filmtitel, 4. Naturerscheinung, 5. verkommenen Menschen, 6. Heerführer im russisch-japanischen Kriege, 7. Bierart, 8. griechische Gottheit, 9. früheren deutschen Maler, 10. Heilpflanze, 11. Inseln, 12. Befestigungsgegenstand, 13. römischen Rechtsgelehrten, 14. Rößelstüd.

Berorätsel.
Aus den Tropfen importiert!
In dem schönen Afrika,
Und der Löwen heißen Sonnen,
Giebt unser Tier mit „A“
Einst in Kadeln und Kolonnen.
Mit dem neuen Kopf und Fuß,
Auch fast unerschwinglich heute,
Wird es doch ein Hochgenuß,
Für die Wagen aller Leute.

Auslösung zum Kreuzworträtsel B.
Von oben nach unten: 1. Brief, 2. Weltmeister, 3. Kaffee, 4. Arm, 6. Ufa, 7. Basel, 8. Euler, 9. Daber, 11. Ralte, 14. Uf, 15. Po, 18. Laban, 20. Wabig, 23. Oja, 24. Ober. Von links nach rechts: 1. Bimal, 4. Ar, 5. Tu, 7. Brüllaffe, 9. Dame, 10. Kaun, 12. Fe, 13. Lampe, 16. La, 17. Sel, 19. Leo, 20. Met, 21. Etom, 22. Bart, 23. Ojo, 25. Faulstall, 26. See, 27. Karre.

Letzte Wetternachrichten.

Datum: 4. 1. 26.	Temperatur			Wetter	Wind	Niederschlag	Höhe
	heut feil	Maxim. seit 24 Stunden	Min.				
Arielen	3	8	2	heiter	SW 6	1	—
Schneeflocke	-5	-1	-5	hebel	SW 6	3	21
Gelbberg	—	—	—	—	—	—	—
Oberstreichen	+1	+5	+1	bedeckt	SW 3	1	—
N. Siedl. Baude	-2	—	—	hebel	NW 4	—	80
Neltragerbaude	-4	0	-4	hebel	NW	—	80
Rehberg	1	4	1	wolfig	SW 2	0	—
Landes	-1	5	1	wolfig	S 2	1	—
Görlich	3	7	2	bedeckt	SO 2	2	—
Bad Hilsenberg	2	4	1	Regen	S 4	4	—
Beuthen	4	6	3	hebel	SW 3	1	—
Wroslau	1	7	0	heiter	SO 1	gering	—
Senjaderbaude	-3	1	4	bedeckt	SW 3	3	35
Kreuzburg	—	—	—	—	—	—	—
Reife	-1	7	1	halbbedeckt	WSW 1	1	—
Kölnberg	3	5	2	wolfig	S 3	2	—
Gletwig	2	4	1	halbbedeckt	SSW 2	1	—

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)
Neue Regengebiete kommen vom Westen mit milder ozeanischer Luft nach Mitteleuropa. In Schlesien hat heute vor einem über dem mittleren Deutschland gelegenen Regenzentrum etwas Zöhn zu Aufzehrung geführt. Auch von der Adria dringen Störungen nordwärts vor, so daß vorläufig eine Beruhigung der Lage nicht abzusehen ist. — **U n s e r e n:** Vorübergehend kühler, Niederschläge in Schauern, sonst meist wolfig.

Bereinstellender.

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands. Dienstag, den 5. Januar, abends 7 1/2 Uhr, findet im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses, die Vollversammlung der Funktionäre der Unterteilung A statt. Tagesordnung: Stellungnahme zum Schiedsspruch. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht aller Funktionäre, zu erscheinen. Mitalltagsbuch dienlich als Ausweis. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Am 31. Dezember verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Tischler **Walter Wluka** im Alter von 35 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm 2005 Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau. Beerdigung: Montag, 4. Januar, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gräbischener Friedhofes.

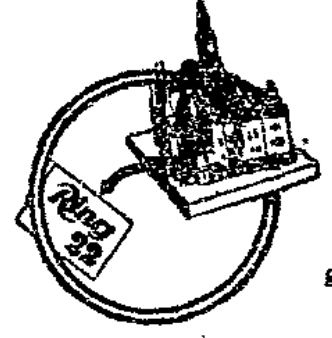


Inventur- Ausverkauf

Am 4. Januar, nach besonderer Inventur, beginnt unser großer Inventur-Ausverkauf. Wir haben große Posten unsortierter erstklassiger Schuhwaren im Preise bedeutend herabgesetzt und stellen diese zu außerordentlich niedrigen Preisen zum Verkauf. Wie billig wir die im Preise herabgesetzten Waren verkaufen, geht aus untenstehenden Beispielen hervor. Ferner gewähren wir auf alle im Preise nicht herabgesetzten, dannach regulären Waren in diesem Jahre einen Rabatt von 10%. Jeder, der ansonsten abendies niedrig bemessenen Preise kennt, wird sich diese Gelegenheit zunutze machen; wer es jedoch bisher versäumt hat, sich von unserer außerordentlichen Leistungsfähigkeit in Bezug auf Preise und Auswahl zu überzeugen, lasse sich dieses ungewöhnlich günstige Angebot nicht entgehen.

- Damen-ROscheyr-Schnürschuhe, spitze Form 5 50
- schwarze Leder-Spangenschuhe mit halbem Absatz und Gummihebel, sehr bequeme Form
Chevret-Ein- und Zweispanngenschuhe mit geschweiftem Absatz 7 50
- echt Chevret-Schnürschuhe, spitze Form, randgenäht Größe 35-36 1/2
- Resposten Lackspangenschuhe, teilweise L. XV. Absatz, sehr elegante Ausführung 8 90
- Lack-Schnür- und Spangenschuhe in verschiedenen Ausführungen, mit amerikan. Absatz, teilweise Rahmentarbeit echt Chevret-Spangenschuhe mit L. XV. Absatz
Prima braun Boxkalf u. echt Chevret-Pumps, teils gewandert mit franz. Absatz, teils Rahmentarbeit, Resposten 9 90
- braun und grau Fantasie-Pumps und Spangenschuhe mit französischem Absatz
unsortierte Resposten in prima Boxkalf u. echt Chevret schwarz und braun Schnür- und Spangenschuhe, teils auf Rand gearbeitet, auch schwarze Hochschaffstiefel auf Rand genäht 11 90
- Resposten ganz hochweiliger Schnür- u. Spangenschuhe in Lack, teils in verschiedenen Kombinationen, teilweise feinste Verarbeitungen mit echtem französischem Absatz, teilweise echte Rahmentarbeit
braune Hochschaffstiefel in echt Chevret und Boxkalf, kunstfertige Ausführung, auf Rand genäht 14 90

- Herrn-Rindboxstiefel, sehr gute kräftige Ausführung, mit Derby und Ringsbesatz 8 90
- 1a braun Boxkalfstiefel mit durchgehender Doppelsohle und schwarz Boxkalf- und Chevret-Schnürschuhe auf Rand genäht, Resposten 11 90
- schwarz Rindbox-Tourenstiefel, sehr dauerhaft 13 50
- Resposten in hochwertigen schwarz und braun Boxkalf-Schnürschuhen, teils mit farbigen Wiedler-Einsätzen, 1a Rahmentarbeit 14 90
- Kleider braune Leder-Spangenschuhe, sehr gute Ausführung Größe 35/34 6.50, 27/26 5 50
- besonders leste Knaben-Wendertiefel, Resposten Größe 35/30 9.75, 31/25 7.50, 27/26 5 90
- Kamelhaar-Ohrenschnürschuhe mit Filzsohle Größe 21/21 9.90, 18/22 0 75
- Kamelhaar-Schallentiefel, sehr gute Qualität und Verarbeitung Größe 31/25 3 90
- Feinleibige Damen-Tuchslipper mit bunter Bandgarnierung 1 75
- Damen braun Leder-Niedertreter mit warmem Futter 3 75
- braune Leder-Hauschuhe mit Absatz, warm gefüttert Größe 35-38 4 90
- Herrn-Kamelhaarschnallen, extra leicht, Lederbefestigung 5 50
- Damen farbig Krok-Slipper mit warmem Futter und Peilbesatz, sehr elegant! 5 50
- Schwarz und farbig Mako-Socken und Resposten schwarz Seidenbor-Socken 1 25
- Wollsocken 1 25
- Damenstrümpfe, Kausbeide mit Naht, schwarz und farbig 1 85
- Damenstrümpfe, Kausbeide besonders feinfäd., schwarz u. farbig 2 85



Schuh-Etage

- Herrn-Rindboxstiefel, spitze u. runde Form, weiß gedopp., Resposten 7 50
- Pa. Rindboxstiefel, Derby-schnitt u. Ringsbesatz, gute Verarbeitung 8 90
- Restbestände in guten haltbaren Herrenstiefeln und Halbschuhen in braun Boxkalf, Rindbox und schwarz Rindbox, mit farbigen Einsätzen 9 75
- Fahleder-Schaffstiefel 11 90
- Kinder schwarz Chevret-Spangenschuhe, Gr. 20/34 2 25
- Lackspangenschuhe mit festem Unterboden, gute Ausführung, mit kleinen Schönschneidern Größe 20/34 5.50, 25/28 4 50
- Damen-Tuch-Niedertreter in verschied. schönen Farben 1 40
- Leder-Hauschuhe mit Absatzhebel und warmem Futter Herren 4.90, Damen 3 90
- Kamelhaarschenschuhe, sehr gute Qualität Herren 4.25, Damen 3 75

Kein Umfauisch!

Schuh-Etage Ring 22

Hauptgeschäft: Ohlauer-Str. 5-6